

Stenografischer Bericht

32. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 7. März 2008

I n h a l t :

Mitteilungen (4901).

Dringliche Anfrage von den Abgeordneten Mag. Christopher Drexler, Peter Rieser, DDr. Gerald Schöpfer, Johann Bacher, Erwin Dirnberger, Bernhard Ederer, Dipl.Ing. Heinz Gach, Anton Gangl, Ernst Gödl, Eduard Hamedl, Gregor Hammerl, Karl Lackner, Ing. Josef Ober, Franz Riebenbauer, Dipl.Ing. Odo Wöhry an Landesrat Mag. Helmut Hirt, betreffend Gesetzeswidrige Bestellung des Vorstandes der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH..

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Drexler (4903).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Hirt (4907).

Wortmeldungen: LTAbg. Kaltenegger (4910), LTAbg. Lechner-Sonnek (4913), LTAbg. Mag. Drexler (4917), LTAbg. Kröpfl (4922), LTAbg. Mag. Drexler (4925), LTAbg. Kainz (4925), LTAbg. Lechner-Sonnek (4927), LTAbg. Bacher (4928), LTAbg. Kaltenegger (4930), LTAbg. Ederer (4931).

Beschlussfassung (4934).

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr

Präsident : Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark statt. Es ist dies die zweiunddreißigste Sitzung in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates und die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie.

Meine Damen und Herren, ich teile dem Hohen Haus mit, dass vier schriftliche Anfragen und zwar 4 Anfragen der KPÖ

gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden:

LR. Dr. Buchmann – eine Anfrage

LR. Mag. Hirt – eine Anfrage

LHStv. Schützenhöfer – eine Anfrage

und LH. Mag. Voves – eine Anfrage

Weiters wurden drei Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht und zwar jeweils eine von

LR. Mag^a. Edlinger-Ploder

LR. Drⁱⁿ. Vollath

und Herrn LR. Ing. Wegscheider

Meine Damen und Herren. Der Lärmpegel ist relativ hoch. Ich ersuche die Damen und Herren sich der Sitzung zuzuwenden und lautere Gespräche vielleicht außerhalb des Sitzungsraumes zu führen, dass die Aufmerksamkeit gegeben ist.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Abgeordneten Mag. Christopher Drexler, Johann Bacher, Walburga Beutl, Erwin Dirnberger, Bernhard Ederer, Dipl.-Ing. Heinz Gach, Anton Gangl, Ernst Gödl, Erwin Gruber, Eduard Hamedl, Gregor Hammerl, Manfred Kainz, Karl Lackner, Elisabeth Leitner, Franz Majcen, Ing. Josef Ober, Franz Riebenbauer, Peter Rieser, DDr. Gerald Schöpfer, Josef Straßberger, Anne Marie Wicher, Dipl.-Ing. Odo Wöhry haben am 03. März 2008 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß § 13 Abs. 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 GeoLT 2005 ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel der Mitglieder verlangt. Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark. Aus diesem Grunde habe ich daher die heutige Sitzung einberufen.

Zu diesen Sonderlandtag wurde von 5 Abgeordneten der ÖVP am Donnerstag, dem 06. März 2008 um 09 Uhr 59 eine Dringliche Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Helmut Hirt betreffend „Gesetzwidrige Bestellung des Vorstandes der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH“ eingebracht. Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß § 68 GeoLT 2005 erforderliche Unterstützung.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gem. § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 die Wechselrede statt.

Ich erteile nunmehr Herrn Klubobmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Ich bitte Dich, Herr Klubobmann.

LTabg. Mag. Drexler (10.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Steiermärkische Krankenanstalten GesmbH. ist das größte und ich glaube, man kann mit Fug und Recht auch sagen, in einem gewissen Sinne das wichtigste Unternehmen der Steiermark. Die Steiermärkische Krankenanstalten GesmbH. beschäftigt mehr als 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Umsatz von mehr als 1,2 Milliarden Euro und das Wichtigste, sie versorgt pro Jahr ca. 250.000 stationäre Patienten und Patientinnen und ca. 600.000 Patienten und Patientinnen ambulant. Das heißt, dieses Unternehmen, die Steiermärkische Krankenanstalten GesmbH. ist im Blickpunkt jeder Steirerin und jedes Steirers, meine sehr verehrten Damen und Herren. Jeder muss einmal ins Spital, jeder hat Interesse daran, dass ein solches Unternehmen „bestmöglich“ geführt wird, und es ist an dieser Stelle den über 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement „Tag für Tag“ im Interesse der Steirerinnen und Steirer zu danken! *(Beifall bei der ÖVP)*

Das heißt aber auch, wenn es um die Führungsspitze eines solchen Unternehmens geht, sind Qualitätsmaßstäbe anzusetzen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube es sind besondere Qualitätsmaßstäbe anzusetzen. Es ist mit Professionalität, es ist mit Sensibilität und es ist vor allem mit Transparenz vorzugehen, wenn es darum geht, eine Bestellung der Führungsspitze, dieses für die Steirerinnen und Steirer wichtigsten Unternehmens, vorzunehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, ein so genanntes Auswahlverfahren, ein Bestellvorgang, der alle diese 3 Kriterien nicht erfüllt. Er war nicht professionell, er war nicht sensibel und er war auf keinen Fall transparent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bei diesem Bestellvorgang einiges vorgefallen, wenn ich das einmal so sagen darf. Zu allererst ist die einschlägige gesetzliche Norm, das Stellenbesetzungsgesetz, verletzt worden. Es hat nämlich relativ klare Vorschriften, dieses Stellenbesetzungsgesetz. So heißt es im § 2 Abs. 5 des Stellenbewerbungsgesetzes „Für die Überreichung der Bewerbungen ist eine Frist zu setzen, die nicht weniger als einen Monat betragen darf“, und meine sehr verehrten Damen und Herren, es heißt im § 3 Abs. 2, „Die Bewerbungen sind unmittelbar an das zur Bestellung zuständige Organ zu richten“. Beide Bestimmungen dieses Gesetzes wurden verletzt, und meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine „lässliche Sünde“, das ist kein kleiner Fehler. Hier wird bei der wesentlichsten Besetzung im für die Steirerinnen und Steirer wichtigsten Unternehmen, es einfach mit der Rechtsordnung nicht so genau genommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das weisen wir auf das Entschiedenste zurück! *(Beifall bei der ÖVP)*

Nicht genug damit, schauen wir uns den konkreten Vorgang an. In der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Jänner 2008 wird ausgeschrieben, Bewerbungsfrist 16. Februar. In der „Grazer Zeitung“, dem Amtsblatt vom 01. Februar 2008, wird ausgeschrieben Bewerbungsfrist 01. März 2008. Im gleichen Amtsblatt „Grazer Zeitung“ allerdings in der Ausgabe vom 15. Februar, wird festgestellt „Achtung!

Fehler passiert! Ausschreibung endet am 16. Februar“! Auch die konkreten Texte der Ausschreibung variieren im Detail. Heißt es in der „Grazer Zeitung“ vom 01. Februar: „Eine Persönlichkeit mit mehrjähriger erfolgreicher Berufspraxis in der Unternehmensführung“, liest man in der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Jänner: „Es soll sich um eine Persönlichkeit mit mehrjähriger, erfolgreicher Berufspraxis in leitender Funktion in Unternehmungen“ handeln. Schaut auf den ersten Blick ganz gleich aus, auf den zweiten ist es aber ein großer Unterschied, ob ich ein Unternehmen führe oder bloß in einem Unternehmen – auf welcher Ebene auch immer, allenfalls auch in zweiter oder dritter Ebene – in leitender Funktion bin. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist stümperhaft und dilettantisch vorgegangen worden. Was soll den das bitte für ein Verfahren sein, wo ich unterschiedliche Fristen habe? Ja wie erwartet man sich hier Bewerbungen, wenn man im laufenden Verfahren die Frist ändert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist ein Gesetz verletzt worden, hier ist unprofessionell vorgegangen worden. Es geht aber noch weiter, es ist dann von Seiten des zuständigen Landesrates Mag. Hirt argumentiert worden, „Er habe ja nur einen einstimmigen Landtagsbeschluss umgesetzt“, ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, mitnichten! Tatsächlich hat der Steiermärkische Landtag am 19. Dezember 2006 einen Beschluss gefasst, das war im Gefolge des KAGes Untersuchungsausschusses, als man ja gewisse Missstände im Baubereich der KAGes untersucht hat. In diesem Beschluss heißt es unter anderem unter Punkt 2): „Mitglieder des Vorstandes und sonstige leitende Positionen sollen nicht mehr aufgrund politischer Interventionen besetzt werden, sondern unter Beachtung einschlägiger, gesetzlicher Bestimmungen und externer Personalauswahlverfahren.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau dieser Beschluss ist mit diesem Bestellvorgang nicht eingehalten worden. Was heißt den „Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen?“ Das man sich an das Stellenbesetzungsgesetz zu halten hat, in Wahrheit ist es aber gebrochen worden, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Was heißt das den „Die Bestellungen sollen nicht mehr aufgrund politischer Interventionen gefällt werden?“ Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, staunend lese ich in einem Interview der „Kleinen Zeitung“, dass der zuständige Landesrat Mag. Helmut Hirt ja überhaupt gleich selbst zugibt, dass er einzelne Bewerber „persönlich“ angesprochen hat und motiviert hat sich zu bewerben. Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ja überhaupt das „Musterbeispiel“ einer politischen Intervention, also auch dieser Punkt des Beschlusses ist gebrochen worden. Ich weiß ja nicht, ob Sie nur telefoniert haben oder auch bei Feuerwehrrällen Bewerber angesprochen haben, oder wie auch immer? Aber wenn man sich dazu entschließt, einzelne Bewerber persönlich zu motivieren sich zu bewerben, dann ist das „das Paradebeispiel“ eines solchen Interventionsvorganges. Meine sehr verehrten Damen und Herren, halten wir also fest, bei diesem entscheidenden und wichtigen Bestellvorgang ist das Gesetz gebrochen worden und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch

ein in dieser Legislaturperiode einstimmig gefasster Landtagsbeschluss wurde vom zuständigen Landesrat nicht beachtet. (*Beifall bei der ÖVP*)

Man könnte die Vorgangsweise als „6 Schritte zur Besetzungswillkür“ zusammenfassen.

1. Schritt: Mache dir den Aufsichtsrat gefügig! Wir haben es im letzten Jahr erlebt, dass der zuständige Landesrat es unternommen hat, einen kritischen Aufsichtsrat, ein kritisches Aufsichtsratsmitglied mir nichts – dir nichts aus dem Aufsichtsrat zu entfernen. 1. Schritt erfüllt: „Mache dir den Aufsichtsrat gefügig.“

2. Schritt: Suche dir freihändig eine Personalberatungsfirma und schreibe gemeinsam einen möglichst unkonkreten Ausschreibungstext!

Wer die Ausschreibungen gelesen hat und sie beispielsweise vergleicht mit Ausschreibungen für andere Bereiche, kommt zum Beispiel drauf, dass eine Ausschreibung für eine Pflegedirektorin in der KAGes vom 9. März 2007 gut doppelt so viele Kriterien umfasst, wie die Ausschreibung für den Vorstandsdirektor der KAGes. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ist wohl ein wenig locker und lässig vorgegangen worden, also, Schritt 2 erfüllt.

Schritt 3: Rufe Leute an und motiviere sie, sich zu bewerben, im Interview dargestellt. 4. Schritt: Selektiere alle anderen Bewerbungen aus, denn das ist ja einer unserer zentralen Vorwürfe. Diese Vorselektionsphase, wo aus dem Vernehmen nach, über 60 Bewerbungen nur noch sieben übrig geblieben sind und diese sieben sich ja auf drei Positionen verteilen, sodass für eine Position drei und für die zwei anderen Positionen lediglich zwei Personen zu diesem sensationellen Hearing nur mehr eingeladen worden sind, stellt sich zu allererst die Frage, nach welchen Kriterien ist hier vorgegangen worden? Was sind die Gründe, dass einzelne, die sich beworben haben, und dem Vernehmen nach soll es außerordentlich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber gegeben haben, nach welchen Kriterien sind die nicht einmal eingeladen worden, sich bei einem Hearing zu präsentieren und ihre allfälligen Qualifikationen und persönlichen Stärken vorzustellen?

Es kulminiert dieses bemerkenswert intransparente Verfahren natürlich bei dem Hearing für den Generaldirektor oder Vorstandsvorsitzenden, da sind zwei eingeladen worden. Einer war der bisherige Vorstandsdirektor Christian Kehrer, der im Übrigen in den letzten Jahren exzellente Arbeit geleistet hat; und der andere war der, der es dann geworden ist. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, man brauchte kein großer Prophet sein, um voraussagen zu können, dass der derzeit amtierende Gesundheitslandesrat nicht den Christian Kehrer als Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor in diesem Unternehmen haben will, also bleibt nur der zweite übrig. Ein sensationeller Auswahlvorgang von wirklich bemerkenswert hoher Anzahl von Auswahlmöglichkeiten, eigentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein starkes Stück, ein starkes Stück und wohl der letzte Beweis, dass diese Vorselektionsphase einzig und allein einen Sinn und Zweck hatte: Jene Herrschaften in die

Hearings zu bekommen, dass am Ende der Wunschvorstand übrig bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP*)

5. Schritt zur willkürlichen Besetzung: Führen Sie ein so genanntes Auswahlverfahren durch und achten Sie darauf, dass die Entscheidung von Ihrer Aufsichtsratsmehrheit und dem von Ihnen gewählten Personalberatungsunternehmen durchgeführt wird. Auch dieser Schritt ist exzellent erfüllt worden – unter Anführungszeichen!

Und 6. und Letztens: Erwecke den Anschein der Objektivität, indem du zwei honorire Landesbeamte zu diesem Hearing dazusetzt, allerdings ohne Stimmrecht, aber man kann ja dann irgendwie so tun, als hätte alles einen objektiven Anstrich bekommen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, aus all diesen Gründen, ist dieser Bestellvorgang eine Einzigartigkeit und ist in dieser Form auch aus unserer Sicht nicht zu akzeptieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daher war es notwendig, die heutige Sonderlandtagssitzung einzuberufen. Und Herr Landeshauptmann, nachdem Sie ja am Montag bereits prophezeit haben, dass man hier im Landtag wieder nur mehr so wieder ein bisschen zusammensitzen wird (*LTA*bg. *Strassberger*: „*Das ist ungeheuerlich!*“) und wird nichts rauskommen, was ja ein weiterer Beitrag ihrer ungemeinen Wertschätzung für das steirische Landesparlament darstellt, darf ich Ihnen Folgendes sagen. Sie haben es in der Hand. Sie haben es in der Hand, mit Ihrer Fraktion, das am heutigen Tag, hier etwas herauskommt. Nämlich eine Beschlussfassung, dass dieses gesetzwidrige, einem Landtagsbeschluss widersprechende und völlig intransparente Auswahlverfahren und dieser Bestellvorgang wiederholt werden, gesetzeskonform wiederholt wird und dem Landtagsbeschluss vom Dezember 2006 – einstimmiger Beschluss – gemäß wiederholt wird. Sie haben es in der Hand, dass heute etwas herauskommt. Empfehlen Sie Ihrer Fraktion, allfälligen Entschließungsanträgen zuzustimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Daher bringen wir am heutigen Tag auch eine Dringliche Anfrage an den Gesundheitslandesrat ein. Aus all den von mir genannten Gründen, ergibt sich nämlich eine Reihe von Fragen, die wir Sie herzlich einladen, zu beantworten.

1. Warum haben Sie die Frist für die Bewerbung um einen Vorstandsposten bei der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. von ursprünglich 1. März 2008 nachträglich auf 16. Februar 2008 verkürzt?
2. Warum haben Sie den Auftrag erteilt, dass die Bewerbungen in diesem Verfahren an die Catro Personalsuche und -auswahl GmbH und nicht an das zu bestellende Organ zu richten sind?
3. Warum haben Sie beim Bestellvorgang des KAGes-Vorstandes gegen die eindeutigen Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes verstoßen?

4. Warum haben Sie darüber hinaus, die Ziffer 2 des Beschlusses Nr. 440 des Landtages Steiermark vom 19. Dezember 2006 nicht umgesetzt?
5. Was waren die Gründe dafür, dass insgesamt lediglich sieben Bewerber für drei Vorstandsposten zum Hearing eingeladen wurden?
6. Nach welchen Kriterien wurden die übrigen Bewerberinnen und Bewerber vom Verfahren ausgeschlossen und wie wurden sie darüber informiert?
7. Wie viele Frauen haben sich um einen Vorstandsposten beworben?
8. Sind nach dem 16. Februar 2008 noch Bewerbungen eingelaufen?
9. Wenn ja, wie viele und wie beabsichtigen Sie, diese Bewerbungen zu behandeln?

Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Ich bitte den Landesrat um die Beantwortung dieser Fragen und ich darf gleich eingangs dieser heutigen Sondersitzung einen Appell an alle Fraktionen in diesem Haus richten. Es wird viel darüber gesprochen in diesen Tagen, wie Politik funktioniert und wie viel da gestritten wird und hin und her. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten die Möglichkeit, mit einer Beschlussfassung dieses außerordentlich mangelhafte Verfahren durch eine Neuaustragung zu sanieren, einen konstruktiven und einen positiven Beschluss zu fassen. Wir hätten die Möglichkeit, hier einen Beitrag zur politischen Kultur zu leisten. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich appelliere an alle, diesen Schritt zu setzen. Ich appelliere an den Landesrat schon jetzt, nicht nur diese Fragen zu beantworten, sondern tatsächlich auch noch einmal in sich zu gehen, ob es nicht ein qualitätsvoller, ja ein kraftvoller Schritt wäre, dieses Verfahren entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und im Sinne eines einstimmigen Landtagsbeschlusses neu aufzurollen, zu wiederholen und so zu einem rechtmäßigen Ergebnis zu kommen. Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP – 10.25 Uhr)*

Präsident: Meine Damen und Herren, Hohes Haus, bevor ich nun den Herrn Landesrat Hirt das Wort erteile zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage, darf ich einen langjährigen Mitstreiter und Mitglied des Hohen Hauses, den Kurtl Gennaro herzlich begrüßen. Kurtl, ich freue mich, dass Du nach wie vor Dich noch immer interessierst für unsere Arbeit, sei herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Nunmehr erteile ich Herrn Landesrat Mag. Hirt das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Landesrat Mag Hirt *(10.26 Uhr):* Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr geschätzte Abgeordnete!

Die Dringliche Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zum wahren Gesicht der Steirischen ÖVP hat unser Klubobmann schon gestern Stellung genommen, dem habe ich nichts hinzuzufügen. Ich komme nun zur Beantwortung Ihrer Fragen. Zu 1.) Ich habe vor Weihnachten das Sitzungsstück zur Ausschreibung der Geschäftsführung der Krankenanstaltengesellschaft in die Sitzung der Landesregierung eingebracht, das Ihre Fraktion hat auflegen lassen. Bei der nächsten Sitzung, im Jänner dieses Jahres, wurde es von Ihrer Fraktion zurückgestellt und dann beim dritten Anlauf hat Ihre Fraktion dagegen gestimmt. Dieses „Blockieren und Verzögern“ kostete insgesamt 4 Wochen. Die Verträge der bisherigen Vorstände laufen mit 31.03.2008 aus, per 01.04.2008 sind die neuen Vorstände zu bestellen und die Dienstvertragsverhandlungen sind auch noch zu führen. Zu 2.) Wir haben mittlerweile die Erfahrung und das sagt Ihnen jeder Personalberater, wenn Sie die Bewerbungen an ein öffentliches Amt richten, dann befürchten die meisten der Bewerber und Bewerberinnen, dass sich ihre Namen in der Öffentlichkeit wieder finden und das, obwohl sich manche trotz aufrechter Beschäftigungsverhältnisse, ohne Wissen ihres jeweiligen Arbeitgebers, woanders bewerben. Wenn Sie das Gesetz lesen, Herr Klubobmann, dann müssen Sie nicht nur § 3 Abs. 2 sondern auch § 4 Abs. 3 sehen, dieser lautet: „Das für die Besetzung zuständige Organ kann für die Suche nach geeigneten Personen und die Feststellung der Eignung der Bewerber auch Einrichtungen oder Unternehmungen heranziehen, deren Aufgabe oder Unternehmensziel die Abgabe derartiger Beurteilungen ist. Stellt man nun den Zusammenhang der beiden Bestimmungen her so ist das nach Meinung hochrangiger Juristen auch zulässig, dass die Bewerbungen eben an das mit der Abwicklung betraute Unternehmen gerichtet werden. Im Übrigen, eine Vorgangsweise, die auch bei der Bestellung des Landesrechnungshofdirektors gemacht und von allen Seiten gelobt wurde. Ich halte diese Vorgangsweise ebenfalls für gut und richtig, weil sie dem Datenschutz entspricht, dem Schutz der BewerberInnen dient und wir das Vertrauen gegenüber den BewerberInnen wahren müssen. Zu 3.) Wir haben gemäß dem Gesetz ausgeschrieben, eine Personalberatung eingesetzt, eine Kommission gebildet unter Teilnahme Ihres Zentralbetriebsratsvorsitzenden, 2 Beamte zum Vorgang bei gezogen und ein Protokoll erstellt. Wenn Sie die Fristverkürzung meinen, diese wurde geprüft und für in Ordnung befunden weil es eine „lex imperfecta“ ist. Das war die Auskunft des für das Personal zuständigen Hofrates der Landesregierung. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Dann sind immer alle anderen schuld!“) Zu 4.) Ich habe mich bemüht diese Ziffer einzuhalten und verweise auf die soeben gegebene Antwort. Zu 5.) Die Vorselektion wurde von der Personalberatung vorgenommen und von der eingesetzten Kommission für in Ordnung befunden. Zu 6.) Die Kriterien der Vorselektion sind im Protokoll der Kommission und im Regierungssitzungsstück vom letzten Montag angeführt. Die Kommission und die Personalberatung haben sich die Entscheidung sicher nicht einfach gemacht. Ich zitiere aus der Presseaussendung der Kommissionsmitglieder, Aufsichtsratsvorsitzender Jozseffi, Aufsichtsratsvorsitzendestellvertreterin Dr. Karin Schaupp und Zentralbetriebsratsvorsitzender

Manfred Wolf: „Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen die best geeigneten Personen für die Steiermärkischen Krankenanstalten ausgewählt, wir haben frei von jeder politischen Einflussnahme und ausschließlich nach der Eignung der Kandidaten entschieden und lassen uns nicht unterstellen, Entscheidungen gegen das Wohl der KAGes und damit gegen das Wohl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und auch jenes der PatientInnen getroffen zu haben“ – Zitat Ende! Herr Klubobmann, kennen Sie das nicht? Das sagte schon vor einer Woche „öffentlich“ einer Ihrer mächtigsten Mitstreiter des ÖAAB Steiermark. Die Absage an die Bewerberinnen und Bewerber ergeht nach der Bestellung des Vorstandes. Zu 7.) Nach Auskunft der Personalberatung waren unter den fristgerecht eingegangenen Bewerbungen 2 Frauen. Zu 8.) und 9.) Es ist nach dem Ende der gültigen Frist, dem 16. Februar, eine einzige Bewerbung eingelangt, und zwar am 29.02. um 21.45 Uhr per Fax angekündigt und später zur Post gegeben. Was immer man sich dabei denken mag. Diese Bewerbung wird nicht bewertet, weil sie außerhalb der gültigen Frist eingegangen ist. Wenn Sie damit auf die unterschiedlichen Fristen anspielen so ist folgendes festzuhalten, die „Grazer Zeitung“ wurde lediglich eingeladen, ein Anbot für ein Inserat zu legen, dieses Anbot hatte das falsche Format und konnte von der Agentur nicht geöffnet werden. Daraufhin wurde ein anderes Format übermittelt, worauf die Agentur antwortete: „Ja, jetzt passt es“. Der betreffende Mitarbeiter hat das als Druckauftrag verstanden, tatsächlich wurde nie ein solcher erteilt!

Von Seiten der Verantwortlichen der „Grazer Zeitung“ wurde dieses Missverständnis schriftlich „außerordentlich bedauert“, und der betreffende Mitarbeiter hat sich zusätzlich für diesen folgenschweren Irrtum schriftlich entschuldigt. Dieses „ohne Auftrag“ erschiene Inserat wurde sofort, nach Kenntnis von der „Grazer Zeitung“, ebenfalls per Inserat widerrufen. Trotzdem, sollten wie immer geachtete Ansprüche gestellt werden, so werden diese von der MEDIENFABRIK, Inhaber der „Grazer Zeitung“, zu tragen sein. Zusammenfassend: Es war ein ordentlicher Vorgang den ich nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Eines sage ich dazu, was immer beim Verfahren herausgekommen wäre, Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, hätten es immer kritisiert. Noch ein letztes, 17.000 Beschäftigte der Krankenanstalten sind es leid, dass sie ständig billiger Politik zum Opfer fallen. 220.000 stationäre PatientInnen pro Jahr und 650.000 ambulant behandelte PatientInnen, interessiert das überhaupt nicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ – 10.32 Uhr)*

Präsident: Ich bedanke mich beim Herrn Landesrat für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 GeoLT 2005 hin, wonach die Regierungsglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrederInnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Als erstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Kaltenegger, ich erteile ihm das Wort!

LTabg. Kaltenegger (10.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Die erste Frage, die sich einem heute stellt, und die ist einmal an die ÖVP gerichtet: Würde heute ein Sonderlandtag stattfinden, wäre das Verfahren haargenau gleich abgelaufen, aber wären Mitglieder der ÖVP zum Zug gekommen bei der Stellenvergabe? (Beifall bei der KPÖ und SPÖ – LTabg. Hamedl: „Wir hätten das richtig gemacht!“) Nein, das ist nicht die Beantwortung meiner Frage!

Dann hätte wahrscheinlich auch das Eine oder Andere beim Vergabevorgang gepasst. Wir hätten übrigens schon öfter Anlässe gehabt um Landtagssondersitzungen zum Thema KAGes durchzuführen. Ich erinnere: Wir haben das auch in einer Dringlichen Anfrage zur Sprache gebracht, an die fehlenden Intensivbetten, die dazu führen, dass bereits angesetzte Operationen – dringende Operationen – verschoben werden müssen, weil Intensivbetten fehlen, das war keine Sondersitzung wert! Wir hatten einmal einen sehr dramatischen Rohrbruch auf der Chirurgischen Intensivstation, mit allen schwierigen Folgen, keine Sondersitzung wert! Wir hatten eine Immobilientransaktion im Ausmaß von 111 Millionen Euro, die vorgenommen worden ist, um Budgetlöcher zu stopfen für 2007 und 2008, das wird auch die KAGes in Zukunft sehr belasten, keine Sondersitzung wert! Wir wissen auch alle, dass es immer wieder im Bereich der KAGes zur „Nichteinhaltung des Arbeitszeitgesetzes“ kommt, dass Beschäftigte dort an die Grenzen des Leistbaren gehen müssen, keine Sondersitzung wert! Ganz anders schaut es plötzlich aus, wenn es um Vorstandsposten geht, dann treffen wir uns alle hier, auch wenn es einige Tage vor einer regulären Sitzung ist, zu einer Sondersitzung.

Und jetzt werde ich mir vielleicht einen Ordnungsruf einhandeln, unter Umständen, den ersten überhaupt, den ich bekommen habe. Aber ich halte es mit Ingeborg Bachmann: „Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar“, ein sehr oft verwendetes Zitat, sicher auch von Ihnen sehr oft schon gebraucht. Meine Hoffnung ist, dass auch dieses Zitat im Bewusstsein Spuren hinterlassen hat. Und deshalb sage ich Ihnen jetzt ganz offen meine Meinung zu dieser Sondersitzung. Das, was wir hier erleben, ist ein Festival der Heuchelei. (Beifall bei der KPÖ, SPÖ und Grüne) Es ist vom Umfärbeln die Rede. (LTabg. Mag. Drexler: „Ich habe nicht vom Umfärbeln gesprochen!“) Umgefärbelt werden kann nur etwas, aber davon ist schon immer wieder hier gesagt worden, umgefärbelt werden kann nur etwas, was vorher eingefärbelt wurde. (Beifall bei der KPÖ und SPÖ)

So schaut die Realität aus. Sie haben es vielleicht heute nicht gesagt, Kollege Drexler. (LTabg. Mag. Drexler: „Das weise ich zurück!“) Aber das ist eines Ihrer geläufigsten Worte gewesen auch schon bei vielen Ihrer Auftritte. (Mag. Drexler: „Nein, auch das weise ich zurück!“)

Wie die einschlägige Farbenlehre in Österreich aussieht, haben die Bürgerinnen und Bürger erst vor wenigen Tagen eindrücklich vor Augen geführt bekommen. Sie werden es wahrscheinlich kennen, das ist der E-Mail-Verkehr aus dem Innenministerium, Minister Strasser. (LTabg. Hammerl: „Weil alles immer rot ist!“ – Beifall bei der SPÖ)

Da geht es bis hin zum Postenkommandanten, wo die richtige Farbe zum Zug kommen muss. Und dazu zu schweigen und sich dafür über parteipolitisch unbefriedigende Postenvergabe in der KAGes aufzuregen, ist – um eine beliebte Floskel des Kollegen Drexler zu gebrauchen – ein starkes Stück! *(Beifall bei der KPÖ und SPÖ)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, ich danke für den freundlichen Applaus aber er wird Ihnen kritische Bemerkungen zur Vorgangsweise der SPÖ auch nicht ersparen. *(Heiterkeit bei der ÖVP)* Ich habe selbst persönlich prägende Erfahrungen in einem von der SPÖ dominierten Betrieb gemacht. Ich war selbst SPÖ-Mitglied und hatte Kritik an lokalen Parteigrößen immer wieder geübt. Das hat letztendlich dazu geführt, dass ein damaliger Landtagsabgeordneter mich unmissverständlich ermahnt hatte, ich war in einem SPÖ-Betrieb beschäftigt, *(LTAvg. Kasic: „So etwas gibt es?“)* also wenn ich etwas weiterkommen möchte, dann sollte ich solche Dinge gefälligst unterlassen. *(LTAvg. Strassberger: „Da schau her!“)*

Also grundsätzlich schaut es so aus, dass Parteimitgliedschaft ja bei uns nicht das Entscheidende ist. Entscheidend ist, und da sind wieder alle Parteien mit im Boot, politisches Wohlverhalten. Politisches Wohlverhalten, und das hat man auch gesehen also beim E-Mail-Verkehr des Minister Strasser, eine Huldigungsmail hat schon gereicht, um dann zu schauen, wo könnte man den eventuell gebrauchen, haben wir irgendwo eine Einsatzmöglichkeit, weil das ist ja ein besonders gefälliger Mensch. Und ich habe dann, um wieder auf meine eigene Erfahrung zurückzukommen, mitverfolgt, wie es KPÖ-Betriebsräten und anderen kritischen Kolleginnen und Kollegen in so manchen Großbetrieben gegangen ist.

Schon die Unterschrift auf einem Wahlvorschlag hat gereicht für Sanktionen. Und es wurde oft unseren Leuten klar mitgeteilt: „Pass auf, Du hast jetzt auf der Liste der KPÖ den Wahlvorschlag unterschrieben. Also wenn die nächste Kündigungswelle kommt, werde ich für Dich nichts tun können“. *(LTAvg. Strassberger: „Jetzt müsst Ihr klatschen!“)* Also solche Dinge sind mir durchaus auch bewusst.

Jetzt komme ich wieder zu einem anderen Bereich. Den offenen Postenschacher habe ich auch noch in Erinnerung, beispielsweise, bis vor gar nicht so ferner Vergangenheit im Magistrat Graz. Obwohl man sagen muss, das sollte korrekterweise hier festgestellt werden, hier hat sich vieles zum Besseren gewendet. Hier hat sich vieles zum Besseren gewendet, aber ich kann mich auch noch an die Zeit des so genannten Dreiradls erinnern, wo alle Posten bis hin zur Hausbesorgerin, nach der entsprechenden Farbe vergeben wurden. Zwei oder drei SPÖ, zwei ÖVP, eins FPÖ. Das war das berühmte Dreiradl. So hat es ausgesehen. Natürlich diskret, aber es war ein offenes Geheimnis. *(Mag. Drexler: „Wie sie sagen, es ist besser geworden!“)* Und es ist besser geworden. Es ist besser geworden, schon, muss man sagen, unter Bürgermeister Stingl. Das muss man korrekterweise sagen, *(LTAvg. Strassberger: „Hätte mich gewundert, wenn Sie das nicht gesagt hätten!“)* aber im Grund ist

es durchaus besser und ich kann auch sagen, und die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP werden es Ihnen bestätigen, wie also meine Haltung in diesem Fall immer war, es hat immer entschieden die Qualifikation und nie die Parteizugehörigkeit. Und sehr oft habe ich auch die Meinung vertreten, dass der Kandidat oder die Kandidatin der ÖVP die Bessere wäre und habe mich entsprechend verhalten. Das war selbstverständlich.

Und ich kann auch eine eigene positive Erfahrung wiedergeben. Als ich 1998 in den Stadtsenat gekommen bin, hat es kein einziges KPÖ-Mitglied unter über 4.000 Magistratsbediensteten gegeben. So gründlich wurde immer gearbeitet. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Aber Sie müssen schon zugeben, als Sie angetreten sind, war die KPÖ wie eine Sekte!“*) Der Amtsleiter im Wohnungsamt war ein deklarerter ÖVP-Mann und ich muss sagen, er war ausgezeichnet. Ich hatte nie mit ihm ein Problem gehabt, er war kompetent, engagiert, es hätte keinen Besseren geben können. Also die Farbenlehre sollten Sie etwas zurückdrängen, sollten Sie vergessen, es gibt auch durchaus positive Erfahrungen, wenn die Qualifikation stimmt. (*Beifall bei der KPÖ*)

Und jetzt zu einem Entschließungsantrag, den wir einbringen wollen.

(*LTAvg. Bacher: „Wieviel KPÖ-Mitarbeiter hat es gegeben, nachdem Sie ausgeschieden sind?“*) Bitte! (*LTAvg. Bacher: „Wieviel KPÖ-Mitarbeiter es gegeben hat, nachdem Sie ausgeschieden sind?“*) Also zumindest keinen einzigen, der auf irgendeine Intervention von mir gekommen wäre (*Heiterkeit bei der ÖVP*) und wenn Sie es ansprechen, also – und das werden Sie mir vielleicht verzeihen – dass im KPÖ-Gemeinderatsklub auch gelegentlich das eine oder andere Mitglied der KPÖ arbeitet. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Hoffentlich!“*) Aber ansonsten kann ich Sie sehr beruhigen, also und das werden Ihnen alle bestätigen müssen, die im Magistratsbereich tätig sind, also hier hat es seitens der KPÖ immer eine sehr objektive und glasklare Haltung gegeben. (*LTAvg. Riebenbauer: „Gibt es ja nicht!“*)

Jetzt zu einem Entschließungsantrag, weil die Zeit läuft.

Wir wollen, dass sich in Zukunft einiges ändert. Es könnte sich einiges ändern, wenn beispielsweise der Landesrechnungshof bei allen künftigen Stellenvergaben dieser Bedeutung, eine Prüfung durchführt, wie weit die Vergaberichtlinien eingehalten wurden. Das macht insofern einen Sinn, dass jetzt einmal alle Regierungsmitglieder wissen, dass ihnen künftig auf die Finger geschaut wird, das macht insofern auch einen Sinn, weil der Landesrechnungshof ein Instrument des Landtages ist, denn wenn die zwei Großen mauscheln, sich einig sind, dann erfahren wir ja erst wieder nicht, ob etwas schief gelaufen ist oder nicht. Wir erfahren ja immer nur dann etwas, wenn Sie sich nicht einigen können. Dann kommt wieder die Botschaft zu uns. (*Beifall bei der KPÖ*)

Und so gesehen wäre das eine sehr vernünftige Vorgangsweise, der Landesrechnungshof prüft bei allen künftigen Stellenvergaben dieser Dimension die Vergabevorgänge.

Und deshalb wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird beauftragt, im Anschluss an jede Stellenbewerbung in der Steiermark, die dem Stellenbesetzungsgesetz unterliegt, zu prüfen, ob die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten wurden und legt in der Folge das Ergebnis jeder Prüfung gemäß § 28 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz dem Landtag vor.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen! Dann haben wir vielleicht in Zukunft etwas weniger Probleme, denn ich muss allen jenen Recht geben, die meinen, dass das Bild, das wir derzeit abgeben, wirklich alles andere als Werbung für die Politik ist.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Wahlbeteiligung Richtung 50 Prozent geht, wenn die Menschen das Gefühl haben, hier wird „gemauschelt“, hier wird „getrickst“ und das sollte nach Möglichkeit nicht der Fall sein. Wir sollten uns, und möglichst rasch, den wirklichen Problemen des Landes zuwenden! (*Beifall bei der KPÖ*) Die Liste der wirklichen Probleme in der Steiermark ist sehr, sehr lang. Danke! (*Beifall bei der KPÖ – 10.48 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann, als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile Ihr das Wort!

LTabg. Lechner-Sonnek (10.48 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ich habe es normalerweise nicht so mit den Kalendersprüchen, aber heute drängt sich einer auf - „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht zu sehr mit Steinen werfen“. Wenn ich heute hier den Herrn Christopher Drexler, Klubobmann der ÖVP, erlebt habe, so wie der „sichere Besitzer der weißesten Weste“ hier, von da bis Texas, dann muss ich schon sagen, dass ist eine sehr mutige Performance gewesen, denn wir alle wissen, dass in der Steiermark nicht nur im Bereich der Krankenanstalten sondern überall, wo irgend möglich, die Parteipolitik ihre Hände drin hat, wo es um Postenbesetzungen geht. Wir haben gerade in der letzten oder vorletzten Sitzung zum Beispiel darüber gesprochen und da waren sich übrigens alle einig, dass zum Beispiel unser Schulsystem durchtränkt ist vom Proporz. Das allein würde für mich ausreichen, dass man sich hier nicht mehr herstellen kann und sozusagen „Jungfräulichkeit“ in dieser Hinsicht vorweisen kann, sondern dass man eigentlich jeden Anlass hätte selbstkritisch zu sagen, „Wenn wir daran wirklich etwas ändern wollen, dann müssen wir auch bei uns selber anfangen“. Aber das ist heute ja, ganz offensichtlich, nicht das Thema, ganz offensichtlich nicht! Wenn Klubobmann Drexler vorher von der Wertschätzung des Landeshauptmannes für den Landtag in diesem Fall gesprochen hat, dann muss ich ihn fragen, wie schaut es aus mit der Wertschätzung für den Landtag, wenn man ihn für so ein Theater – und ich erlebe es als Theater – missbraucht? Es ist Substanz da, über die man reden kann und reden muss, und das werde ich auch gleich tun, aber es ist auch immer eine Frage der Angemessenheit, welche politischen Mittel man

wählt. Wenn man hergeht und jemandem etwas vorwirft, was man selber oder die eigenen Leute selber seit Jahrzehnten gemacht haben und dann einen Misstrauensantrag in den Raum stellt, dann finde ich das überzogen! Das ist nicht angemessen! Die Botschaft, die versucht wird hier zu positionieren ist „Wir sind besser“ ja, hier ist der böse rote Landesrat der über alle drüber fährt. Die ÖVP tut so, als hätte sie das noch nie gemacht. Jetzt kann ich einen guten Zeugen anführen, einen Ex-Landesrat, unschwer zu erraten wer das sein könnte, der vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat „Es ist in diesem Land noch jeder das geworden, was er werden sollte oder es hat noch jeder den Posten gekriegt, von dem wir wollten, dass er ihn bekommt!“. Er hat in der männlichen Form gesprochen, wie es für ihn auch typisch ist, deswegen habe ich jetzt hier nicht „gendermäßig“ formuliert. Aber so ist es! Landesrat Hirschmann hat klipp und klar gesagt „So war es ja immer“ und er hat auch eines drauf gelegt. Er hat gesagt „So soll es auch sein“. Die Mächtigen sollen auch entscheiden können, welche Posten sie „Wie und mit wem“ besetzen. Soviel zur ÖVP. Es ist einfach alles nur nicht glaubwürdig, wenn es heute die große Entrüstungskultur gibt. Das ist nicht glaubwürdig und das muss man klipp und klar aussprechen.

Jetzt zur Substanz, es geht um das Auswahlverfahren der Vorstände der Krankenanstalten. Es hat ein paar Situationen gegeben, wo man sagen muss, diese Situationen, diese Vorkommnisse passen nicht oder stimmen nicht überein mit dem Stellenbesetzungsgesetz, an das wir uns alle zu halten haben. Das waren ein paar Dinge, wie zum Beispiel, es ist heute schon aufgezählt worden, die Fristen, die einzuhalten sind. Das war die Frage, inwieweit jemand anderer die Bewerbungen bekommen darf? Also im speziellen Fall das Personalberatungsbüro und nicht die ausschreibende Stelle selbst. Das ist übrigens, wenn ich hier gleich einhaken darf, ein Faktum, an dem ich mich persönlich nicht stoße, dass es nicht das Land direkt bekommen hat. Wir alle, alle die schon länger im politischen Geschäft in der Steiermark sind, können sofort, wahrscheinlich aus dem Handgelenk, einiges aufzählen an Stellenbesetzungen wo die Bewerberinnen und Bewerber sich alle in den Zeitungen wieder gefunden haben. Wir haben leider die politische Unkultur, dass die Rechte von Menschen, die sich bewerben, nicht gewahrt bleiben. Das sind Verstöße gegen den Datenschutz, die in der Steiermark leichter Hand passieren, wenn die Bewerbungen beim Land aufgemacht werden. Das ist Tatbestand und an diesem Faktum würde ich mich nicht stoßen.

Das, was für mich in erster Linie problematisch ist, ich sage es ganz offen, ist die Einengung von 50 Kandidaten und Kandidatinnen auf 7 Personen, für 3 Funktionen. Damit habe ich wirklich ein Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich so viele Menschen beworben haben, die die Kompetenzen nicht haben, in eine Auswahl zu kommen. Das ist ein sehr ungewöhnliches Verhältnis 50 zu 7, ja, das ist für mich schwer nachvollziehbar und noch dazu, wie gesagt, für 3 Funktionen. Wenn dann die eine Situation herauskommt, dass für eine Funktion nur mehr 2 Personen zur Wahl stehen, wovon einer ganz klar ist und immer ausgesprochen wurde, dass diese Person sicher nicht

mehr bestellt werden soll, dann schaut für mich der Vorgang wirklich so aus als ob er hingeziemt wäre auf ein erwünschtes Ergebnis. Es ist mit Sicherheit legitim, in diesem Fall, von „schlechter Optik“ zu reden, und es ist aufklärungsbedürftig nach welchen Kriterien hier ausgewählt wurde. Es ist wie immer hier in der Steiermark, wenn es um Posten geht, wenn es um Pfründe geht. Wir haben ein gewaltiges Transparenzproblem und auch in dieser Hinsicht schlägt es wieder zu. Wir haben uns natürlich die Frage gestellt, sollen wir den Antrag der ÖVP unterstützen, dass dieses Verfahren neu aufzurollen ist? Wir haben uns diese Frage nicht sehr leicht gemacht, ich sage es Ihnen ganz offen. Ich habe überhaupt keine Lust heute hier „Erfüllungsgehilfin“ der ÖVP bei einem Spiel zu sein, dass ich wirklich als degoutant empfinde. Aber ich habe auch keine Lust zu sagen, es sind Zweifel da, „Schwamm drüber“, weil die ÖVP sich heute eigentlich in einer Art und Weise gebärdet, wie sie abzulehnen ist, stimmen wir einem Antrag nicht zu, der in der Substanz richtige Punkte enthält. Das Ergebnis ist - die grüne Haltung ist - im Zweifelsfall, wenn Zweifel bestehen, an einem Auswahlverfahren von dieser Rangordnung und von dieser Bedeutung, dann ist dieses Verfahren zu wiederholen. Deswegen werden wir den ÖVP Antrag unterstützen, aber, meine Damen und Herren, wir haben auch noch einen Antrag vorbereitet, der für mich die Substanz wesentlich mehr trifft, als dieser Antrag der ÖVP und zwar, wir wollen wissen, wie sehr sich diese Landesregierung, die ja in den letzten Jahren und Jahrzehnten ÖVP und SPÖ Mitglieder gehabt hat, in den letzten 7 Jahren an dieses Gesetz gehalten haben. Der Herr Klubobmann Kröpfl hat Hilfe geleistet für diesen Antrag, wenn man so will, ich habe schon darüber nachgedacht, eigentlich würde ich gerne wissen, wie das so war in den letzten Jahren? Dann habe ich gehört was Walter Kröpfl in seiner Pressekonferenz gestern alles aufgezählt hat, taxativ, ja. Um welche Organisationen es sich handeln könnte, wo das Gesetz auch nicht eingehalten wurde.

Ich habe mir gedacht, danke für die Hilfe, ich brauche nicht einmal mehr zu recherchieren. Aber eines ist klar, meine Damen und Herren, wenn sich der Landtag hier auch nur ein bisschen ernst nimmt, dann können wir die Situation, wie sie jetzt ist, egal wie sie parteipolitisch ausgeüzt wird, nicht links liegen lassen und nicht ad acta legen. Dann müssen wir sagen okay, man hat uns auf Grund eines Streits innerhalb der Regierungsparteien jetzt auf etwas aufmerksam gemacht, was wirklich ausgeleuchtet werden muss. Deshalb werde ich auch einen Antrag der Grünen einbringen, dass die Stellenbesetzungsverfahren, für die dieses Gesetz relevant ist, dieser Legislaturperiode und der letzten überprüft werden sollen. Dann werden wir es genau wissen. Dann werden wir es ganz genau wissen, wie die weiße Weste der ÖVP in Wirklichkeit ausschaut und wie die Praxis der Postenbesetzungen in diesem Land tatsächlich ist.

Und meine Damen und Herren, für alle, die sich heute entrüsten, und das sind viele, die sich heute entrüsten, auch wenn noch nicht so viele gesprochen haben, das ist schon spürbar, das ist jetzt der Lackmustest. Das ist jetzt der Test für Sie vor allem, meine Damen und Herren, von den beiden

großen Parteien, von den Regierungsparteien, ob es Ihnen wirklich um die Sache geht, ob es Ihnen darum geht, Posten so zu besetzen, wie sich das gehört (Stellenbesetzungsgesetz) und ob es Ihnen heute bei dieser Situation auch darum geht, substantiell etwas zu verändern, sodass die politische Kultur eine bessere wird. Hier können Sie es beweisen und daran werden Sie sich am Ende dieses Tages, am Ende dieser Sitzung auch messen lassen müssen.

Ein Letztes noch: Es drängt sich natürlich auf, das ist eine Situation, die schon sehr ungewöhnlich ist. Wir haben zwei Regierungsparteien auf Grund des Proporzsystems in der Regierung sitzen. Klubobmann Schwarz kündigt das Misstrauen gegen Landesrat Rot an, Klubobmann Rot fordert Klubobmann Schwarz zum Rücktritt auf und stellt Misstrauen gegen Landesregierungsmitglied Schwarz in den Raum. (*LTAbg. Kröpfl: „Das ist falsch! Habe ich nicht gesagt!“*)

Du hast gesagt, er müsste eigentlich auch, gut, okay! Ich revidiere: Klubobmann Rot schlägt Klubobmann Schwarz vor, gegen eigenes Regierungsmitglied einen Misstrauensantrag einzubringen. Ist noch abstruser, wenn Sie mir diese Bewertung gestatten, es ist für mich ziemlich unglaublich, was da hier in der steirischen Landesstube vor sich geht. Und wenn wir nicht diese massive Neuwahldiskussion auf Bundesebene schon hätten, wäre ich sehr geneigt, die zwei Parteien zu fragen, wie sie denn gedenken, in den nächsten zweieinhalb Jahren noch miteinander zu arbeiten? Und ob sie uns nicht mitteilen können, welche Maßnahmen der Vertrauensbildung oder was auch immer da es jetzt braucht, sie setzen werden, damit diese Regierung wieder arbeitsfähig wird?

Meine Damen und Herren, ich sehe die Arbeitsfähigkeit in dieser Form nicht gegeben. Denn es müssen sich auch die beiden Herren auf der Regierungsbank, die für ihre jeweilige Partei an der Spitze sitzen, Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und Landeshauptmann Voves, die Frage gefallen lassen, wie Sie dazu stehen. So wie ÖVP und SPÖ verfasst sind, meine Damen und Herren, kann ich persönlich nicht daran glauben, dass es sich um den Ausritt einer einzelnen Person gehandelt hat. Ich kann nicht daran glauben, dass das nicht mit Duldung der beiden genannten Herren passiert. Was heißt das für die Arbeit der Landesregierung, meine Damen und Herren? Jetzt könnte man natürlich sagen, was bringt neu Wählen, so lange es den Proporz gibt. Stimmt, Schönheitsfehler! Aber gerade in Graz haben wir gesehen, dass auch andere Mehrheiten möglich sind nach einer Wahl bei existierendem Proporzsystem. (*LTAbg. Kröpfl: „Müsst Ihr neu verhandeln!“*) Wenn Sie meinen Ratschlag hören wollen, trotzdem, als erster Schritt wäre mir recht, wir schaffen das Proporzsystem ab. Denn wir alle wissen, dass diese Proporzverfassung, die die Steiermark lähmt seit Jahren und Jahrzehnten, auch für diese Unkultur im Bereich der Postenvergaben zuständig ist. Und wenn eine ÖVP sich heute alteriert hier gegen diese Unkultur, dann wäre die stringente Entscheidung, wir stimmen der Abschaffung des Proporzsystemes zu, wir stimmen für klare Verhältnisse und dann schauen wir weiter. So, meine Damen und Herren von der ÖVP, sind Sie für mich heute nicht nur sehr inkonsistent, sondern auch nicht wirklich glaubwürdig.

Ich muss meinen Entschließungsantrag einbringen, fast hätte ich es vergessen.

Prüfung der dem Stellenbesetzungsgesetz unterliegenden Besetzungen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird beauftragt, jede Stellenbesetzung in der Steiermark seit dem Jahr 2000, die dem Stellenbesetzungsgesetz unterliegt, dahingehend zu prüfen, ob die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten werden.

Ich ersuche Sie dringend um Annahme. Danke! (*Beifall bei den Grünen – 11.02 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Drexler. Ich erteile es ihm.

LTabg. Mag. Drexler (*11.02 Uhr*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, dass ich auf die Anfragebeantwortung und auch auf die bisherigen Wortmeldungen ein wenig eingehe. (*LTabg. Kröpfl: „Oberlehrer!“*)

Es ist schon bemerkenswert, mit welcher substantieller Tiefe Landesrat Hirt die Fragen beantwortet. Das ist wirklich bemerkenswert. Also an der Tatsache, dass die gesetzmäßigen Fristen nicht eingehalten werden konnten und nicht eingehalten worden sind, ist der Zeitdruck schuld. Und der Zeitdruck kommt dadurch zustande, dass der böse Regierungspartner die segensreiche Ausschreibung der Vorstände in der Regierung aufgelegt hat und einmal zurückgestellt hat. Durch diesen unglaublichen Verzögerungsakt ist es nicht möglich, das Stellenbesetzungsgesetz einzuhalten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja eine lächerliche Argumentation. Dass die Verträge der Geschäftsführer der Krankenanstalten-GesmbH mit 30. oder 31. März enden und am 1. April neue da sein sollten, das Faktum ist Ihnen wahrscheinlich bekannt, seitdem Sie Landesrat sind. Wahrscheinlich ist Ihnen sogar noch länger bekannt, um dann jetzt plötzlich hier herzugehen und zu sagen, der Zeitdruck war so groß, weil die ÖVP das Stück in der Regierung um eine Woche zurückgestellt hat, das Sie die gesetzlichen Fristen nicht einhalten konnten. Herr Landesrat, eine außerordentlich schwache Antwort. Dies umso mehr vor dem Hintergrund, dass vielleicht ganz was anderes dahinter steckt. Wahrscheinlich haben Sie, Schritt 1 – nämlich sich den Aufsichtsrat gefügig zu machen - nicht in der richtigen Zügigkeit fertig gebracht und konnten daher erst dann mit Ihrer Ausschreibung in die Regierung gehen und das Weitere sozusagen vorweg vorbereiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Landesrat Hirt hat eine verräterische Anmerkung am Rande gemacht. Nämlich das Stellenbesetzungsgesetz sei eine „lex imperfecta“. Im Übrigen natürlich auch wieder ein sehr charmanter Zug, dass auch an allen Dingen irgendwer anderer, insbesondere Mitarbeiter schuld sind, aber was heißt das, wir haben das genau geprüft, man kann die Frist verkürzen, weil es eine „lex imperfecta“ ist. Vielleicht sollte man den Begriff erklären. Der bedeutet,

es ist quasi eine sanktionslose Norm. Das heißt, es gibt im Gesetz keine Strafbestimmung die sagt, wenn man es nicht einhält, passiert dies und das. Und das, Herr Landesrat, ist ja dann doch wohl eine sehr verräterische Bemerkung am Rande, wenn Sie sagen, Sie haben genau geprüft, dann sind Sie darauf gekommen, es ist eine „lex imperfecta“, also es gibt da keine Drohungen der Rechtsordnung und deswegen kann man es eh brechen und die Frist verkürzen. Wenn das die Prüfung der Fristverkürzung ist, Herr Landesrat, dann ist das für einen auf die Gesetze der Republik und des Landes angelobten Landesrates und ein Regierungsmitglied, das noch dazu Jurist ist und einmal Landesamtsdirektorstellvertreter war, daher intensiv mit all diesen Dingen befasst ist, dann ist das wohl eine außerordentlich verräterische Anmerkung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Sie haben im Übrigen keinen Beitrag zur Aufklärung geleistet, was die Kriterien dieser Vorselektion waren. Und wie man sich vorstellen kann, bin ich nicht mit allem nur einverstanden, was die Frau Kollegin Lechner-Sonnek gesagt hat, aber ihr Hinweis auf den Hauptpunkt, nämlich diese Vorselektionsphase, dass dort die Intransparenz sozusagen zu Hause ist und durch die geringe Anzahl von eingeladenen Bewerbern eigentlich dieses Schlamassel und die mangelnde Nachvollziehbarkeit entsteht, den teile ich uneingeschränkt. Und genau zu diesem Punkt hat Landesrat Hirt nichts gesagt, außer, dass die Kommission der Meinung war, das war ein gutes Verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen bis jetzt nicht, nach welchen Kriterien sind auf den über sechzig Bewerbungen jene ausgesucht worden, die dann zu einem Hearing eingeladen worden sind. Das soll offensichtlich im Dunkel der Geschichte bleiben, das ist aber für uns mit Sicherheit so nicht akzeptabel. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf vielleicht nur einen kleinen Beitrag zur Qualität dieses Auswahlverfahrens leisten. Ich hoffe die Kollegen Tromaier und Zenz – Zenz ist da, passt. Ich weiß ja nicht, wer sich sonst noch der Gewerkschaftsbewegung verpflichtet fühlt im Klub der SPÖ. *(LTabg. Schwarz: „Alle.“) Alle? Gut, wunderbar.*

Dann darf ich kurz zur Kenntnis bringen, was der aus diesem sensationellen und hochqualitativen Bewerbungsverfahren hervorgegangene künftige, nach Wunsch des Kollegen Hirt künftige, medizinische Vorstandsdirektor denn so zu dem vom Kollegen Kaltenegger angesprochenen Arbeitszeitgesetz sagt. Ich zitiere: „Ich bin dafür, das Arbeitszeitgesetz für Jungärzte generell abzuschaffen!“ Und weiter: „Es geht ja hauptsächlich um die Nachtdienste. Ich habe als junger Arzt problemlos am nächsten Morgen weiteroperiert. Das Gesetz sollte erst ab ungefähr 40 Jahren gelten, da wird man körperlich müder.“ *Heiterkeit bei der ÖVP*

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine sehr verehrten gewerkschaftsbewegten Sozialdemokraten, eine solche Aussage und zwar nicht vor 10 oder 15 Jahren getätigt, sondern am 26. Februar, am Höhepunkt des Bestellvorganges. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, was halten Sie von der Qualität dieses Bestellvorganges, wenn hier der Gesetzesbruch schon per Zeitung im Vorhinein angekündigt wird. Ein solches Bestellungsverfahren, ein solcher Auswahlvorgang, der,

meine sehr verehrten Damen und Herren, genügt wirklich nicht mitteleuropäischen Standards. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme *(LR Ing. Wegscheider: Unverständlicher Zwischenruf)* Herr Landesrat Wegscheider merkt an: „Tief ist das“. *(Landesrat Ing. Wegscheider: „Bitte?“)* Was haben Sie angemerkt? Tief ist das? Ach so! Tief ist das Verfahren vielleicht, okay gut, wie auch immer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf die Argumente meiner Vorrednerin und meines Vorredners eingehen. Kollege Kaltenegger hat den Sonderlandtag als ein Festival der Heuchelei bezeichnet. Geschätzter Kollege Kaltenegger, ich sehe das naturgemäß anders. Wissen Sie, ich sehe die Aufgabe des Landtages schon so, dass wir eine Kontrollfunktion ausüben sollen und ich sehe die Funktion des Landtages vor allem auch so, dass wesentliche Fragen und zentrale politische Inhalte in diesem Hohen Haus diskutiert werden sollen. Und wenn es aktuellen Anlass gibt, dann auch gelegentlich in der Form eines Sonderlandtages. Sie waren in der letzten Legislaturperiode noch nicht hier in diesem Hause, aber ich kann Ihnen berichten, es hat einige Sonderlandtage gegeben und es hat sehr viele Debatten gegeben und ich bitte da hier nicht mit unterschiedlichen Maßstäben zu messen. Wenn etwas von einer Fraktion, die die ausreichende Zahl von Abgeordneten hat, einen Sonderlandtag zu beantragen als so wichtig erkannt wird, dann ist das ein demokratisches, parlamentarisches Recht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, daher weise ich das Festival der Heuchelei zurück, weil ich auch schon bei der Begründung der Dringlichen Anfrage – und mich hätte es eben interessiert, wie dieses Verfahren abgelaufen ist, Antwort haben wir keine bekommen, mich hätte es interessiert – gesagt habe, wir haben die Chance heute eine konstruktive und positive Beschlussfassung zustande zu bringen und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich nicht der Meinung des Kollegen Kaltenegger in seiner Qualifizierung, vor allem aus einem Grund, Herr Kollege, ... *(Hoher Lärmpegel bei der SPÖ. LTAbg. Riebenbauer: „Da ist es so laut.“)*

... derzeit hat die Landesregierung noch keinen neuen Vorstand beschlossen. *(LTAbg. Kainz: „Könnt ihr zu reden aufhören, da drüben!“)* Am Montag findet eine Regierungssitzung statt. Vielleicht wird am Montag bereits ein neuer Vorstand beschlossen und in so ferne hat der Sonderlandtag durchaus einen Sinn, dass wir vor Beschlussfassung in der Landesregierung und nicht erst nach Beschlussfassung in der Landesregierung hier im Landtag mit uns mit diesem Thema beschäftigen. Das ist der Grund! *(Beifall bei der ÖVP)*

Das ist der Grund für diesen Sonderlandtag, dass wir, bevor vollendete Tatsachen geschaffen worden sind, bevor man das formal abgeschlossen hat, davor wollen wir eine Meinungsäußerung abgeben, dass wir der Meinung sind, dass dieses Verfahren zu wiederholen ist. Und zum konkreten Termin muss ich sagen, für den kann ich nichts, den Termin des Sonderlandtages setzt der Präsident fest. Er hat auch in diesem Fall die Präsidiale nicht konsultiert, was sein gutes Recht ist. Dadurch ist der

Sonderlandtag natürlich zeitlich recht nahe am nächsten regulären Landtag, er hätte aber auch schon am Dienstagvormittag stattfinden können. Das ist nicht im Ermessen der Antragsteller, sondern ein Spielraum der Geschäftsordnung. Ich bitte Sie daher, Kollege Kaltenegger, zu beachten, dass wir heute noch nicht vollendete Tatsachen seitens der Regierung geschaffen haben, dass es heute für den Landtag möglich ist, eine Neuausragung dieses Auswahlverfahrens und dieses Bestellvorganges zu verlangen. Und mögen Sie auch an den hehren Motiven der ÖVP zweifeln, in der Sache – die Kollegin Lechner-Sonnek hat das ja trefflich argumentiert – ist aus meiner Sicht wenig dagegen einzuwenden, diesen kritisierten Bestellvorgang zu wiederholen, das Auswahlverfahren neu aufzurollen, eine neue Ausschreibung vorzunehmen, auch der Zeitdruck ist nicht so groß, wie es hier beschrieben wird, weil es ist in der Vergangenheit schon vorgekommen, dass Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer einfach verlängert werden für einen kurzen Zeitraum von ein, zwei Monaten, wie lange ein solches Verfahren von heute weg gerechnet eben braucht.

Erlauben Sie mir auf die Kollegin Lechner-Sonnek ganz kurz einzugehen: (*LTabg. Kainz: „Der Lärmpegel ist so hoch!“*) Darf ich nur einmal kurz die Frage stellen, ob das überhaupt eine Diskutierunde da ist? Herr Präsident? (*Präsident: „Meine Damen und Herren, der Lärmpegel ist tatsächlich sehr hoch. Ich ersuche, die Gespräche außerhalb des Raumes zu führen!“*) Die jungen Abgeordneten werden sich ja nicht die Unartigkeiten der alten gleich angewöhnen, nicht? (*Heiterkeit bei Abgeordneten der ÖVP*) Wie auch immer! (*LTabg. Böhmer: „Schaut euch an. Tut’s vorsichtig sein in der Wortwahl.“*) Ja, Kollege Böhmer, wieder einmal eine kleine Aufregung am Rande. Herr Kollege Böhmer, alle Beteiligten haben das als kleinen Scherz empfunden. (*LTabg. Böhmer: „Ich nicht! Diese Witze verstehe ich nicht.“*) Du nicht! Tut mir leid, wer einen Witz nicht versteht, ist aber selbst dafür verantwortlich. Gut.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, zur Argumentation der Frau Kollegin Lechner etwas zu sagen: Ich anerkenne das Bemühen um Äquidistanz und ich anerkenne natürlich auch das Bemühen hier an der Spitze der Aufklärung aller möglichen Ungereimtheiten zu stehen. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen jetzt schon sagen, (*Anhaltend hoher Lärmpegel unter den Abgeordneten der SPÖ und ÖVP*) ich finde es bemerkenswert, dass ... – ich weiß nicht, es ist heute überhaupt ein bisschen eine unruhige Stimmung da hier – (*Präsident: „Meine Damen und Herren, sowohl auf der rechten wie auch auf der linken Seite aus meiner Position gibt es erhöhten Lärmpegel. Ich bitte den etwas zurückzunehmen und dem Redner aufmerksam zuzuhören!“*) (*LHStv. Dr. Flecker: „Vielleicht liegt es ab deinen Ausführungen!“*) Ja, lieber Kurt, das fürchte ich, wird nicht der Grund sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, also kurz zu diesen Argumenten: Tatsächlich hat es in der Vergangenheit mit Sicherheit in Österreich die unterschiedlichsten Erlebnisse mit Stellenbesetzungen im öffentlichen Bereich gegeben. Das heute schon mehrfach zitierte Stellenbesetzungsgesetz ist ja

Ausfluss einer gewissen Unzufriedenheit, die den Gesetzgeber offensichtlich dazu veranlasst hat, auch eine entsprechende gesetzliche Vorschrift zu erlassen. Und angesprochen auf den Entschließungsantrag der Grünen, aber auch angesprochen auf den Entschließungsantrag der KPÖ kann ich sagen, wir hätten kein Problem, diesen beiden Entschließungsanträgen zuzustimmen.

Ich darf zwar darauf hinweisen, dass der Rechnungshof auch heute schon überprüfen kann, ob das Stellenbesetzungsgesetz eingehalten worden ist oder nicht und das auch gelegentlich tut, wenn man sich Rechnungshofberichte anschaut. Kollege Hagenauer wird ein Lied davon zu singen wissen. D.h. wir bestehen den Lakmüstest, den die Frau Kollegin Lechner-Sonnek eingefordert hat, heute mit Sicherheit. Wir bestehen diesen Lakmüstest mit Sicherheit. Ich würde mich nur freuen, wenn auch die so sehr um Distanz und um die allgemeine Aufklärung allfälliger Missstände in Republik und Land bemühten kleinen Fraktionen – und die Grünen haben sich diesbezüglich bereits geäußert – auch den von mir in Kürze eingebrachten Entschließungsantrag unterstützen, das konkrete Bestellverfahren und den konkreten Auswahlvorgang, der nun stattgefunden hat, der aber noch nicht formal zu einem Ende gebracht worden ist, diesen Bestellvorgang einem ganz besonderen Lakmüstest zu unterziehen; nämlich unserem Antrag zuzustimmen, diesen Vorgang zu wiederholen, meine sehr verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Daher bringe ich nun diesen Entschließungsantrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

1. Das aktuelle Bestellungsverfahren für den Vorstand der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH umgehend zu stoppen;
2. die Ausschreibung der Besetzung des Vorstandes der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH unter Beachtung folgender Kriterien zu wiederholen:
 - a.) strenge Beachtung des Stellenbesetzungsgesetzes;
 - b.) transparente Festlegung der Anstellungserfordernisse und Auswahlkriterien
und
 - c.) Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation analog dem Landesgleichbehandlungsgesetz;
3. zu diesem Zweck die Verträge der derzeitigen Vorstandsmitglieder um die für den neuen Bestellvorgang erforderliche Zeit zu verlängern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies scheint mir ein sehr sachgerechter Antrag zu sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, reden wir nicht nur darüber herum, was in der Vergangenheit alles passiert ist und was in Zukunft alles passieren könnte und wie wir das alles aufklären könnten und was wir alles für Rechnungshofprüfungen in der Zukunft machen, d'accord – ich habe es schon gesagt: D'accord. Aber wenn wir heute über ein Auswahlverfahren, über einen Bestellvorgang für das wichtigste, für das größte Unternehmen in der Steiermark sprechen, der noch

nicht abgeschlossen ist, dann bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, geben Sie sich einen Ruck und beschließen Sie mit uns, dass dieser Vorgang zu wiederholen ist. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wer soll daran Schaden nehmen? Wer soll daran Schaden nehmen, wenn dieser Vorgang wiederholt wird, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, entsprechend unserem eigenen Beschluss vom 19. Dezember 2006 – wem soll das weh tun? Was ist da das Argument dahinter, dass das nicht geht, wenn es evident ist, dass es Transparenzmängel im Vorselektionsverfahren gegeben hat, wenn es evident ist, dass hier gesetzliche Vorschriften – mag man sie für wichtig oder weniger wichtig halten – gesetzliche Vorschriften gebrochen worden sind? Was hält uns davon ab, hier einen Beitrag zu leisten, dass am Ende des wiederholten Bestellungsverganges dann alle sagen können: Das ist mit rechten Dingen zugegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre doch ein Ziel, gerade auch vor dem Hintergrund der Erwägungen meiner Vorrednerin und meines Vorredners. Das wäre doch eigentlich ein Ziel, einen Beitrag zu leisten zu einem Verfahren, wo wir alle am Ende sagen können: Es ist mit rechten Dingen zugegangen. Nicht nur die Vergangenheit aufrühren und durchsuchen und untersuchen – gerne bereit, ich bin ganz gerne dazu bereit. Aber schauen wir beim konkreten Fall, dass wir hier wirklich einen Beitrag dazu leisten, dass wir einmal hier ein Bestellungsverfahren haben, wo wir uns alle dazu bekennen können, dass es im Einklang mit den rechtlichen Vorschriften transparent und damit eben in aller Rechtmäßigkeit stattgefunden hat. Das wäre doch ein Ziel für den heutigen Tag, dass das ein Festival der politischen Kultur wird und nicht beim Festival der Heuchelei stecken bleibt, Herr Kollege. *(Beifall bei der ÖVP – 11.22 Uhr)*

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Kröpfl (11.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

„Festival der politischen Kultur“ waren die Schlussworte von Christopher Drexler. Das, was hier heute abgeht, ist leider kein Festival der politischen Kultur, sondern das ist ein Schauspiel, das die ÖVP zu inszenieren versucht. *(LTAbg. Riebenbauer: „Sag einmal was sprichst du da?“)* Denn zu diesem Thema, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist das Notwendige, aber wie auch immer das Unnotwendige bereits gesagt worden und deswegen werden wir uns aus Sicht der SPÖ an dieser Diskussion nicht mehr wesentlich beteiligen. Landesrat Mag. Hirt hat in seiner sachlichen Beantwortung sein Verhalten argumentiert. *(LTAbg. Straßberger: „Sachlich war das nicht.“)* Er hat für uns dargestellt, dass er sich an die Gesetze gehalten hat, und daher sehen wir keine Notwendigkeit für eine Neuausschreibung. Das Verhalten der ÖVP ist seit dem 2. Oktober 2005 für alle durchschaubar. Gehen Sie runter auf die Straße, fragen Sie die Leute, was sie von dem Verhalten

haben: Verhindern, verzögern, vernadern, schlecht machen, einfach unter dem Motto: Der SPÖ darf nichts gelingen und wenn etwas umgesetzt wird ... (LR Mag. Buchmann: „In den Spiegel schauen.“) ... dann suchen wir nur, versuchen wir nur, die SPÖ schlecht zu machen. Das ist Stil der ÖVP seit dem 2. Oktober 2005. (Beifall bei der SPÖ) (LTAvg. Riebenbauer: Unverständlicher Zwischenruf) Die Bevölkerung hat dieses Spiel der ÖVP bereits längst durchschaut ... (LTAvg. Hamedl: „Das der SPÖ aber auch.“) ... und sie werden, da bin ich mir – doch da bin ich mir ganz sicher Herr Kollege Riebenbauer, Sie brauchen nur draußen oder du brauchst nur draußen mit den Leuten zu reden. Aber anscheinend seid ihr ein bisschen zu weit weg von der Basis dort. (LTAvg. Riebenbauer: „Das hat der Landeshauptmann auch gesagt.“) (Beifall bei der SPÖ) Der Herr Landeshauptmann und die SPÖ-Fraktion werden bei diesem Spiel nicht mitmachen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Vor allem beim Spiel, das ihr hier gegenüber der KAGes. aufführt, werden wir nicht mittun. Denn uns liegt das Unternehmen KAGes. wirklich am Herzen mit seinen 17.000 Beschäftigten. Wir sind stolz darauf, dass unser Krankenhaussystem hervorragend funktioniert, verehrte Damen und Herren. Wir sind froh, dass diese 220.000 Patientinnen und Patienten, die jährlich stationär versorgt werden, in den steirischen Krankenhäusern bestens versorgt werden. Und wir sind auch froh, dass diese 650.000 oder 600.000 Patientinnen und Patienten, die jährlich die Ambulanzen in diesem Lande in Anspruch nehmen müssen, dass auch die eine hervorragende ärztliche Versorgung erhalten können. Darauf sind wir stolz und dafür wird unser Landesrat weiter arbeiten. (Beifall bei der SPÖ)

Dass dieser Sonderlandtag nicht die ungeteilte Aufmerksamkeit der ÖVP erhält, fällt mir deswegen auf, weil der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer heute schon den ganzen Vormittag nicht anwesend ist. (Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP) (LTAvg. Gödl: „Er war da.“) Ich ziehe daraus 2 Schlüsse: Ja er hat zuerst ein bisschen „Gesichtswäsche“ gemacht, ist schon richtig. Aber am Thema ist er anscheinend nicht interessiert. Entweder ist er mit der Vorgangsweise, die hier gewählt wurde, nicht einverstanden, oder er sagt: „Ich will bei dieser Geschichte gar nicht dabei sein“ ... (LTAvg. Riebenbauer: Unverständlicher Zwischenruf) ... „Ja, nur dass ich da nicht zuviel drinnen bin.“ (Beifall bei der SPÖ) Oder eine Möglichkeit gibt es natürlich noch: Dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer die KAGes. nicht „anpatzen“ will mit diesem Sonderlandtag, so wie ihr das jetzt macht von der Seite der ÖVP. (LTAvg. Hamedl: „Nein, wir patzen sie nicht an.“) Doch, ihr patzt die KAGes. an und der Herr Klubobmann Mag. Drexler hat sogar einen honorigen Professor, der international anerkannt ist, hier vor aller Öffentlichkeit diskriminiert. Das ist eine Vorgangsweise ... (LTAvg. Mag. Drexler: „Das ist ja unglaublich! ... weiterer Zwischenruf unverständlich) ... das ist Menschenhutz, das ist Menschenhutz, was du heute hier gemacht hast. (Beifall bei der SPÖ) (LTAvg. Hamedl: „Hast du Zeitung gelesen.“) Kollege Drexler, das ist Menschenhutz. Das, was du hier gemacht hast, ist Menschenhutz.

Erlauben Sie mir noch, auch auf den Antrag der Grünen einzugehen: Natürlich war das jetzt für eine Oppositionspartei eine tolle Geschichte, wenn man sagt, wir rollen jetzt das alles auf, wir hängen den Rechnungshof drauf und dann werden wir ja sehen, was da alles passiert ist in der Vergangenheit. Was bringt das jetzt im Nachhinein? Wir können keinen einzigen Vorstand abbestellen, wir können kein einziges Verfahren neu aufrollen. Wollen Sie vielleicht die ESTAG-Vorstände neu besetzen? Wollen Sie den Tourismusvorstand neu besetzen oder was wollen Sie denn machen mit dem, was da aufgezeigt wird?

Wir sind in die Zukunft gerichtet und deswegen werden wir dem Antrag der KPÖ zustimmen. Das ist etwas, was für die Zukunft für uns Relevanz hat. Deswegen werden wir dort mitgehen, verehrte Damen und Herren!

Noch eine Bemerkung zum Verhalten der Grünen beim heutigen Landtag. Ich habe so den Eindruck, dass dieser schwarz-grüne Pakt, der in der Stadt Graz abgeschlossen wurde, (*LTA*bg. *Straßberger*: „Das tut dir weh.“) sich über die Grazer Grenzen hinaus auswirken wird. Anders kann ich mir dieses Verhalten heute nicht vorstellen, muss ich sagen. Wir werden natürlich in Zukunft ganz genau darauf schauen, wie die zukünftigen Stellenbesetzungen in Graz funktionieren und da werden wir vor allem das Verhalten der Grünen genau unter die Lupe nehmen. (*LTA*bg. *Lechner-Sonnek*: „Da könnt ihr noch etwas lernen.“) Nur diese eine Bemerkung noch dazu, verehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der SÖP*)

Ich will aber heute diese Landtagssitzung nicht länger verzögern, verehrte Damen und Herren, aber erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine ganz persönliche Bemerkung: Ich war vor zirka einem Jahr selbst in der Lage, dass ich das Krankenhaus in Graz in Anspruch nehmen musste. Mein Bettnachbar, der ein schlimmeres Schicksal als ich hatte, war sehr zufrieden mit der ärztlichen Versorgung. Ich war sehr zufrieden mit der ärztlichen Versorgung. Wir beide waren sehr zufrieden mit der Pflege, die wir erhalten haben. Es hat nie eine Diskussion darüber gegeben, wer hier in diesem Krankenhaus Vorstand ist. Und wissen Sie, warum es das nicht gegeben hat? Weil unser Spitalsystem hervorragend ist, international anerkannt ist. Und gehen wir jetzt nicht her und versuchen wir, die Spitäler in das politische Spiel hineinzuziehen, verehrte Damen und Herren. Fügen wir diesem Unternehmen nicht Schaden zu. Das können wir nicht brauchen und das wollen wir von der SPÖ nicht und deswegen werden wir auch dem Antrag der ÖVP nicht zustimmen. (*Beifall bei der SPÖ – 11.29 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kainz. Bevor er aber das Wort ergreift, ist Herr Klubobmann Mag. Drexler für eine tatsächliche Berichtigung zu Wort gemeldet.

LTabg. Mag. Drexler (11.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Klubobmann Walter Kröpfl!

Das muss ich berichtigen, wenn du sagst, ich diskriminiere einen weltweit anerkannten Professor, dann muss ich das zurückweisen, wenn ich bloß ein Zitat dieses Professors zur Verlesung gebracht habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt ... (*LTabg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf*) ... nein, ich bin hart im Austeilen, aber auch hart im Nehmen. Nur, ich lasse mir sicher nicht sagen, dass ich Persönlichkeiten diskriminiere, wenn ich aus einem Interview von ihnen zitiere. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lasse ich mir mit Sicherheit nicht gefallen.

(*Beifall bei der ÖVP – 11.31 Uhr*)

Präsident: Nun ist der Abgeordnete Kainz am Wort.

LTabg. Kainz (11.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Männer und Frauen im Landtag!

Am 8. März 1911 war der erste Weltfrauentag. (*LTabg. Riebenbauer: „Was machst du nur? Die gehen wegen dir alle hinaus.“*) Und wir hier im Landtag Steiermark haben vor nicht allzu langer Zeit beschlossen, (*LTabg. Straßberger: „Na super!“*) dass jeder Landtagsklub einen Gender-Agent ausbilden soll, haben soll, er soll im Klub sein und darauf achten, dass Gleichstellung in der Steiermark auch gelebt wird. Meine Selbstverständlichkeit ist es bis heute, keinen Unterschied zu machen. Leider liege ich damit im Lande Steiermark etwas falsch. (*LTabg. Riebenbauer: „Herr Präsident! Ist es schon aus, weil es so laut ist?“*) Warum? Hier im Landtag zerbrechen wir uns den Kopf, denken nach, wie wir Gleichstellung schaffen können, bilden uns weiter, entwickeln uns. (*LTabg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Wie in den letzten 60 Jahren?“*) Ich war die letzten 60 Jahre nicht im Landtag! (*Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP*) Wir – die Frau Abgeordnete Mag. Zitz, die Frau Abgeordnete Dr. Schröck, Abgeordnete Gessl-Ranftl und Abgeordnete Klimt-Weithaler und ich – wir versuchen herauszufinden und auch festzustellen und auch festzusetzen, soweit es möglich sein wird: Was können wir tun, um Gleichstellung in der Steiermark zur Selbstverständlichkeit zu machen? Für mich ist es ein politisches Lebensziel – Gender Mainstreaming. Gleicher Zugang für alle Menschen zu allen Lebensmöglichkeiten. Das sehe ich für mich als Aufgabe hier.

Und jetzt passiert Folgendes, meine Damen und Herren. Mit einer fadenscheinigen Ausschreibung, die auch noch in der Bewerbungszeit beschnitten wird, damit sich möglichst wenige bewerben können und wenn möglich schon gar keine Frauen, werden 3 Spitzenpositionen in der Steiermark besetzt, in der KAGes. – in unserem größten steirischen Unternehmen. Und es tut mir leid, der Herr Referent Landesrat Hirt, der organisiert das auch noch. Und jetzt bin ich wirklich froh, dass der aus der SPÖ ist

und nicht von der ÖVP, denn das ist ja die Frauenpartei mit der 40 %-Quote. Herr Landesrat, wer der 3 vorgeschlagenen Herren ist die Frau? (*Heiterkeit bei LTabg. Straßberger.*) Der Millionenverbrenner? Der Finanzreferent? Den dritten Vergleich spare ich mir jetzt. Haben sich für diese Spitzenpositionen Frauen beworben? Ja, 2 haben Sie gesagt. Ja warum nicht mehr, Herr Landesrat? Ich frage mich wirklich, warum wollen Sie keine Frauen an der KAGes.-Spitze? Oder glauben Sie ernsthaft, Frauen wollen nicht an die KAGes.-Spitze? Vielleicht ist das ein Monatseinkommen mit 5.000 Euro oder gar mehr? Ich habe keine Ahnung, was dort bezahlt wird, ich habe mich nicht erkundigt – müsst ihr entschuldigen. Frau Landesrätin Dr. Vollath, wozu bilden wir Gender-Agents aus, wenn sich die Männer der Frauenpartei gar nicht dafür interessieren? Warum kämpfen Sie nicht dafür „Frauen an die Spitze“ – ich denke auch an Mureck. (*LTabg. Prutsch: „Geh Manfred!“*) Und heute lese ich von der Vorsitzenden in der Kleinen Zeitung, genau heute, Frauen müssen auch in Spitzenpositionen kommen. Warum diese Lippenbekenntnisse? Wenn uns die Anstellungsanforderungen für Vorstandsdirektorinnen der KAGes. anschauen „unternehmerisch geprägte Persönlichkeit“, „mehrjährige erfolgreiche Berufspraxis in leitender Funktion von Unternehmung“, „Erfahrung in der Mitarbeiterführung“, „soziale Kompetenz“, „hohe Kommunikationsbereitschaft“, „große Leistungsbereitschaft“, „Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen“, „Sensibilität für gewachsene Unternehmensstruktur in einem gesundheitspolitisch und kommunalpolitischen Umfeld“. Ja glauben Sie, dass es keine Steirerinnen gibt, die diese Voraussetzungen erfüllen? Ich bin der Meinung, mit Sicherheit erfüllen viele Steirerinnen diese Voraussetzungen.

Herr Landesrat, morgen ist Weltfrauentag. Aus Respekt gegenüber den Steirerinnen ziehen Sie Ihren Vorschlag zurück und geben Sie den Frauen in der Steiermark, auch in Österreich, eine Chance, die KAGes. zu führen. (*LTabg. Konrad: „Herr Kollege, haben Sie das schon? Wenn man da so schaut – Frauengleichstellung?“*) Kollege, ich werde erst jetzt Gender-Agent.

Und ich muss jetzt auch etwas von dort erzählen. Wir sitzen und denken nach, 4 Frauen und ich. 4 Frauen und ich sitzen dort und denken nach: Was müssen wir tun, dass sich die Politik in der Steiermark verändert? Wissen Sie, was das Ergebnis ist? Wir müssen die Männer ändern, Herr Kollege, das wissen wir. Wir müssen unser Präsidium ändern, dass es aufmerksam ist, wenn wir über ein Frauenthema sprechen (*Beifall und Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP*) und wir müssen auch die Frauen ändern.

Kollege Kaltenecker, ich weiß, dass es für Sie politisch interessant ist, die Vergangenheit anzuprangern. Aber schauen wir in die Zukunft, gehen wir in die Zukunft. Stimmen Sie mit uns mit, damit in der Steiermark auch eine, zwei oder von mir aus drei Frauen die Chance haben, eine Spitzenposition in der KAGes. zu besetzen. So wie es jetzt ist – das ist meine persönliche Meinung – ist das nicht in Ordnung. Und auch der Herr Landeshauptmann hat die Chance, das zu unterstützen.

Vieles besser, vieles neu, vieles anders – das wäre ein anderer Weg, wenn wir heute gemeinsam, alle zusammen, losgehen und sagen: Ja, wir haben da einen Fehler gemacht. Und der wahre Fehler ist es, dass keine Frau im KAGes.-Vorstand ist. Das ist der wahre große Fehler. Den haben wir gemacht und den sollten wir ändern und richtig stellen. *(Beifall bei der ÖVP – 11.38 Uhr)*

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

LTabg. Lechner-Sonnek (11.39 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Drei kurze Anmerkungen: Herr Kollege Kainz, super, wir erwarten uns eine gleich engagierte Rede und ein gleich engagiertes Beziehen dieser Position bei der Bestellung des Vorstandes der EStAG zum Beispiel. *(Beifall bei den Grünen, der KPÖ und LTabg. Wicher)* *(LTabg. Mag. Drexler: „Jetzt wissen wir erst, was wir mit dem eingefangen haben.“)* Ja, Kollege Drexler sagt soeben: „Jetzt wissen wir erst, was wir uns mit dem eingefangen haben.“ Er hat den Herrn Kollegen Kainz gemeint.

Das Zweite, was Ernstes ... *(LTabg. Mag. Drexler und LR Mag. Edlinger-Ploder: Gleichzeitiger unverständlicher Zwischenruf)* ... was Ernstes, der zweite Punkt ist ernst. Und zwar, wenn ich das so höre – die Diskussion ist natürlich in diesem Teilbereich durch unseren Antrag hervorgerufen worden – man möge sich die letzten 7 Jahre anschauen, Stellenbesetzungen durch die Landesregierung und ich höre dann die ganze Zeit: „Ja, das ist die Vergangenheit, wir blicken in die Zukunft. Na, was bringt uns das und überhaupt.“ Wenn wir so denken hier herinnen, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen Sozialbericht mehr, der die Daten der letzten Jahre festhält. Wir brauchen keinen Bericht der Patientenombudsfrau mehr. Wir brauchen keinen Umweltbericht mehr. Wir können auch den Rechnungshof de facto zur Gänze abschaffen. All das – und im Übrigen die Untersuchungsausschüsse – die arbeiten alle mit dem, was vor dem heutigen Tag, vor dem Tag des Beschlusses, passiert ist. Und warum tut man das? Und das ist nicht wenig, wenn ich mir all die Berichte und alle Untersuchungsausschüsse, alle Arbeiten des Rechnungshofes anschau. Wir tun das deswegen, weil wir herausfinden wollen, wie die Sachen gelaufen sind, wo die Fehler passiert sind und was wir in Hinkunft besser machen sollen. Denn ich möchte wirklich wissen: Glaubt irgendjemand von Ihnen hier herinnen, dass es mit den Postenbesetzungen durch diese Diskussion allein hier im Landtag in Zukunft anders weitergehen wird? Also ich glaube das nicht. Man will das offensichtlich gar nicht wissen. Oder es gibt Interessen, das nicht aufzudecken, wie das in den letzten 7 Jahren gelaufen ist. Und in diesem Zusammenhang möchte ich die KPÖ ansprechen und sagen: Ihre Positionierung verstehe ich da nicht, dass Sie sagen, Sie unterstützen das nicht, weil das Vergangenheit ist. Das ist für mich die logische Folge Ihrer Rolle als Oppositionspartei, der Aufklärung sich nie in den Weg stellen zu dürfen oder zu sollen. Wir wollen wissen, wie damit in der Landesregierung umgegangen worden ist. Herr Kollege Kaltenegger, Sie haben heute selber gesagt: Wir erfahren es ja nur, wenn es

„Knatsch“ gibt. Da hätten wir jetzt einmal die Chance, es zu erfahren, wenn es nicht jeden Tag „Knatsch“ gibt. Und diese Chance ganz bewusst nicht zu nutzen, das halte ich wirklich für eine sehr bedenkliche Situation. Zur Angst, oder was auch immer zum Problem mit der Vereinbarung in Graz zwischen Schwarz und Grün kann ich nur sagen: Ich verstehe das, dass man da nervös ist, wenn sich neue Mehrheiten bilden. Aber gerade einem Gesundheits- und einem Umweltlandesrat kann ich sagen: Sie werden Freude haben mit dem, was dort auf Stadtregierungsebene in Sachen Feinstaub, Feinstaubbekämpfung und Klimaschutz beschlossen worden ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.42 Uhr)*

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Bacher (11.43 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren!

Ich habe jetzt sehr aufmerksam bei dieser Diskussion zugehört, vor allem auch dem Herrn Landesrat Hirt und auch dem Herrn Klubobmann Kröpfl. Herr Klubobmann Kröpfl, du hast Recht, dass die Menschen draußen in den Spitälern, aber auch die Patienten, in Wahrheit das, was wir da herinnen diskutieren, nicht interessiert – nicht interessiert. Das Hauptproblem dabei ist, dass die Politik nicht nur auf Landesebene, vor allem auch auf Bundesebene zurzeit ein Bild abgibt, das sehr vielen bis weit über die Nase hinauf reicht. Ich bin unserem Klubobmann sehr dankbar, dass er gerade dieses Thema zum Anlass genommen hat, um der Politik auch eine Chance zu geben. Eine Chance zu geben dafür, dass die Politik wieder glaubwürdiger, ehrlicher, offener und transparenter wird. Herr Landesrat, wir verstehen uns in vielen Fragen, auch in anderen Bereichen in der Plattform und wir diskutieren sehr heftig über verschiedene Themen. Die Gesundheitspolitik – und ich habe das damals miterlebt, ich war nicht dabei, aber 1986 – als sie ausgegliedert wurde, hat die SPÖ sehr heftig gegen diese Ausgliederung polarisiert, politisiert und ist sie seitdem ständig mit der ÖVP in Streit gelegen. Es war damals der Anlass zu sagen in dem Land: Wir wollen die Spitäler wirtschaftlicher und im Sinne des Patienten führen. Und es hat bei Gott nicht alles funktioniert. Mir fällt spontan ein, weil da immer geredet wird: Die ÖVP verwendet die Spitäler als politische Spielwiese oder als politischen Kriegsschauplatz meine Damen und Herren – eben nicht, eben nicht! Wir bringen uns nur ständig bei Themen ein, wo wir anderer Meinung sind als die Sozialdemokratie. *(Beifall bei der ÖVP)* Anderer Meinung als die Sozialdemokratie, meine Damen und Herren, und ich erinnere mich daran, als wir hier im Haus um den A1-Ring diskutiert haben. Ich habe das sehr wohl noch in Erinnerung, wie die SPÖ dieses Thema für parteipolitische und gesundheitspolitische Diskussionen missbraucht hat, meine Damen und Herren. Da ist gestanden: LKH Knittelfeld anstatt A1-Ring, Altenpflegeheim anstatt A1-

Ring. Und wir haben immer gesagt: Sowohl – als auch und das gilt heute immer noch, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die KAGes. und die Gesundheitspolitik sind eine eminent politische Diskussion, nicht parteipolitisch, sondern eine politische und gesellschaftspolitische Diskussion. Und Herr Landesrat, wir werden uns noch „anhalten“ bei der Diskussion um den neu vorgelegten RSG. Ich höre das schon, wenn im LSF unten plötzlich 400 Betten abgebaut werden. Na selbstverständlich gibt es da Ängste. Selbstverständlich gibt es da eine öffentliche Diskussion. Da ist ja nichts zu verschweigen. Und es muss auch gestattet sein, dass es hier im Haus eine Fraktion gibt, die eine andere Meinung hat, die einen anderen Zugang hat zu diesem Thema. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und es wäre heute für die Politik eine Chance, einen Neustart zu beginnen, bitte Herr Kaltenegger. Es ist schon schön, da über Heuchelei zu reden, wenn Sie dann zum Schluss sagen, bei dieser Ausschreibung wurde gemauschelt oder wie immer Sie das genannt haben. Ja, dann stimmen Sie zu, dass wir das ändern. Wir wollen es offen und transparent machen. Das ist der Hintergrund. Und beginnen wir endlich einmal und weisen nicht immer zu: Du hast das gemacht, du hast das gemacht. Ich erinnere nur, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, 2003 bei der Ausschreibung: Da haben wir hier herinnen darüber geredet, ob die Führung privatisiert werden sollte. Wir waren beide dagegen. Die SPÖ hat zuerst eine andere Meinung gehabt, ihr Landeshauptmann war der Meinung, jawohl, man sollte es privatisieren. *(LTAvg. Kröpfl: „Landeshauptmannstellvertreter.“)* Es wurde dann nicht gemacht. Aber was ist dann passiert? Dann wurden die Vorstände ausgeschrieben, natürlich gesetzeskonform. Und damals hat der zuständige Referent für die Personalangelegenheiten, Hermann Schützenhöfer, das sehr offen, sehr transparent gemacht. Er hat Sie, glaube ich, sogar dann zum Hearing eingeladen. Meine Damen und Herren, das ist ein Stil. Ich verlange von dir und ich ersuche dich, Herr Landesrat, das so offen und transparent zu machen. Das ist der Punkt in der Politik! Wir müssen einfach das einmal tun, wovon wir bei schönen Sonntagsreden immer reden, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Und ich habe so den Eindruck und es ist immer so, dass die Führungspersönlichkeit in Wahrheit den Ton bestimmt in einem Land und auch die Politik mitbestimmt, sehr stark mitprägt. Aber lieber Kollege Kröpfl, wenn dein Landeshauptmann da oben sitzt und uns Kleinen herunter sagt, ihr Deppen, ich höre euch sowieso nicht zu, ihr seid quasi eh umsonst, dann ist das kein Stil in diesem Land, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Das muss man wissen. Und wenn euer Parteivorsitzender auf Bundesebene den Leuten vor der Wahl Dinge versprochen hat, die er nicht einhalten kann, dann ist das eine miese Politik für dieses Land, meine Damen und Herren! Und deshalb jetzt einen Krieg vom Zaun zu brechen, in Neuwahlen zu flüchten – er wird ja von seinen eigenen Mitarbeitern und Funktionären und Wählern nicht mehr ernst genommen. Das ist das wahre Problem, das wir in Österreich haben und was wir auch in der

Steiermark haben. Die Führung ist gefragt, den Ton anzugeben, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP*)

Es ist nur sehr traurig, dass das jetzt der Grund ist, warum es nicht möglich ist, diesen Neustart zu beginnen. Ich lade die SPÖ sehr herzlich ein, das mitzutragen und mitzugehen und zu sagen: Jawohl, lassen wir das, was bisher war, hinten. Beginnen wir neu, beginnen wir heute neu, wir werden es am Montag ändern, wir werden es am Montag offener machen, wir werden es am Montag transparenter machen. Wir werden es ehrlicher machen im Sinne genau dessen, was Herr Landesrat und was Du gesagt hast, im Sinne der Angestellten, im Sinne der Beschäftigten, im Sinne der 100.000 Patienten, die tagtäglich unsere Krankenhäuser besuchen und in Anspruch nehmen. (*LTAbg. Kröpfl: „Kollege, darf ich dich kurz unterbrechen?“*) Kollege Kröpfl ich bin gleich fertig, du kannst ich dann noch einmal melden, nur eines sage ich dir, wir wollen ein gesundes Gesundheitssystem in der Steiermark im Sinne unserer Patienten, ein offenes Gesundheitssystem haben! (*Beifall bei der ÖVP*) Und ein für alle anerkanntes Gesundheitssystem! In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit!

(*Beifall bei der ÖVP – 11.50 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Kaltenegger. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Kaltenegger (11.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann es sehr kurz machen. Ich wollte nur auf die Wortmeldung der Kollegin Lechner-Sonnek eingehen. Also ich stimme Ihnen natürlich weitestgehend zu, dass es die Aufgabe gerade der Opposition ist, aufzuklären, aufzudecken, aber man muss auch einmal schauen: Wohin lenken wir unsere Energie? Schauen wir uns ganz pragmatisch und konkret an, was passiert, wenn wir jetzt die letzten 7 Jahre prüfen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, im Gegenteil, wir haben auch sicher nichts am Kerbholz in dieser Frage. Aber was passiert in der Praxis? In der Praxis werden wir höchstwahrscheinlich in dem bestätigt, was wir ohnehin vermuten oder zum Teil sogar wissen, dass dies da und dort nicht sauber gelaufen ist. Das würden wir erfahren, aber es wird kein Einziger abberufen werden, der vielleicht zu einer solchen Position aufgrund eines nicht korrekten Vergabevorganges gekommen ist. Aber was meiner Meinung nach nicht passiert, ist, dass wir uns dadurch den wirklichen Problemen bei der KAGes. zuwenden. Ich habe schon eingangs bei meiner Wortmeldung gesagt, es gibt im Bereich der KAGes. so wichtige Dinge, über die wir dringendst reden müssten, wo es nach Veränderungen schreit und wir unternehmen nichts. Und wir beschäftigen uns immer im Wesentlichen mit Postenvergaben. Also das ist es dann, was alle interessiert und alle aufwühlt und das andere, was wirklich auch die Menschen letztendlich bewegt, was Auswirkungen auf sie hat, das beschäftigt uns dann nur noch am Rande. (*LTAbg. Hammerl: „Die Verantwortung hat der neue Vorstand.“*) Und deshalb ist es unsere Auffassung, dass wir jetzt schauen sollten, dass wir jene

Bereiche bei der KAGes. diskutieren, wo es wirklich Veränderungen geben muss, sodass die Bevölkerung auch das Gefühl bekommen soll, uns geht es nicht nur immer um die Postenvergabe, sondern uns geht es auch letztendlich um tatsächliche Fortschritte. Darum glauben wir, dass unser Antrag der richtige ist. Wir versuchen jetzt nach vorne zu schauen, Änderungen herbeizuführen, die sich in Zukunft vielleicht positiv auswirken können, dann überhaupt wegzugehen von den ständigen Personaldiskussionen und hin zu den wirklichen Problemen, die die Bevölkerung bewegen.

(Beifall bei der KPÖ und SPÖ – 11.54 Uhr)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ederer. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Ederer (11.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuschauerraum!

Ich hoffe, Sie sind alle gesund, denn Gesundheit ist etwas, was man wirklich jedem wünscht. Denn wenn heute die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek schon einen Spruch gemacht hat „denn ohne Gesundheit ist alles nichts“, (*LTAbg. Lechner-Sonnek: „Das war nicht ich.“*) ich glaube nirgendwo anders passt dieser Spruch besser. Sie haben einen anderen gesagt, aber ich will auch einen sagen, nirgendwo anders passt dieser besser, nirgendwo anders ist dieser auch besser gerechtfertigt als bei diesem Thema.

Herr Klubobmann Kaltenegger, wenn Sie sagen, lassen Sie uns zu den wirklich wichtigen Themen kommen: Gesundheit ist ein sehr, sehr wichtiges Thema. Es ist auch ein teures Thema, es kostet viel Geld und wir sind politisch natürlich auch dementsprechend gefordert, weil es für die Menschen so wichtig ist. Es sollte immer um die Sache gehen und es sollte immer um das Anliegen selbst gehen und nicht parteipolitisch missbraucht werden. Es wäre auch im Sinne von der Sozialdemokratie, wenn Sie alle einbinden. Denn Kontrolle ist angebracht und hilft auch gemeinsam, Fehler zu vermeiden. Es muss hier korrekt und ordnungsgemäß vorgegangen werden und es müssen alle ernst genommen werden. Und weil es so ein wichtiges Thema ist, wollen wir eben, dass alles professionell ausgeschrieben wird und dass dann auch wirkliche Profis an den Führungsstellen sitzen. Wenn ich sage, alle müssen ernst genommen werden, dann meine ich auch z.B., wenn die Betriebsräte Defizite aufzeigen, dass man nicht so einfach sagt, die KAGes.-Betriebsräte würden nur die Patienten verunsichern, es gibt keine Gründe dafür, es passt ohnedies alles. So kann es nicht sein. Denn es gibt eine aktuelle Arbeiterkammerstudie der Arbeiterkammer Steiermark und die beschäftigt sich mit den Bediensteten, mit den Kolleginnen und Kollegen in der KAGes. und hat festgestellt, dass es sehr wohl massive Personalüberforderung durch Personalmangel gibt. Und wenn Sie – er ist jetzt nicht im Raum der Herr Klubobmann Kröpfl – sagen, wir stellen uns heute nicht einer weiteren Diskussion, dann sage

ich Ihnen, das wäre aber schon wichtig, dass wir darüber sprechen, denn hier wäre eigentlich zu handeln und wäre ein Vorschlags- und Forderungspaket raschest umzusetzen.

Und ich will gleich vorbeugen, Herr Landesrat: Kommen Sie nicht mit dem Argument, für Personal war früher wer anderer zuständig. Jetzt sind Sie zuständig. Diese Studie ist jetzt aktuell und es ist viel Zeit vergangen. Wir haben Halbzeit in der Periode und damit wäre es endlich an der Zeit, zu beginnen. Ich kann es Ihnen nicht ersparen. Bei der letzten Landtagswahlwerbung haben Sie: „Alles anders, alles besser“ nicht gesagt, Sie haben gesagt: „Vieles besser, vieles anders“ – ist jetzt teilweise auch eine Wortklauberei. Aber den Menschen wurde schon vorgegaukelt, dass man alles viel viel besser machen würde. Und es wäre gar nicht nötig, alles besser zu machen, aber wo es besser gemacht werden könnte, dort wäre es jetzt wichtig zu zeigen: Ja, Sie tragen Verantwortung und sie tun es. Oder wollen Sie hier Ihre Verantwortung absprechen? Nein, im Gegenteil, Sie wollen eher alles an sich reißen, wenn ich an dieses Ausschreibungschaos denke und mir ansehe. Aber wenn es um die Studie geht, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, ist es Ihnen – gerade die SPÖ, die sich immer als „Arbeiterpartei“ bezeichnet hat – anscheinend egal. Und ich mache Ihnen den Vorwurf, dass Sie hier nicht rechtzeitig oder noch nicht darauf reagiert haben. Denn was ist mit den vielen vielen Überstunden in den Spitälern? Steirische Spitäler weisen 1,5 Millionen Überstunden auf. In den letzten 3 Jahren haben sich im Bereich des Pflegepersonals Mehrleistungen in der Höhe von 1,5 Millionen Überstunden inklusive Urlaubsresten angesammelt. Die Spitzen im Überstundenranking der KAGes: LKH Graz: 503.000 Stunden, LKH Leoben: 97.000 Stunden, LKH Bruck: 55.000 Stunden usw. Und so überrascht es nicht, dass jede zweite Mitarbeiterin, jeder zweite Mitarbeiter, in den letzten 3 Jahren wegen Arbeitsüberlastung im Krankenstand gewesen ist. Arbeit darf nicht krank machen, das ist eine Schande für die Verantwortlichen im steirischen Gesundheitswesen. Hier muss Personal aufgestockt werden und hier kann man, glaube ich, auch Abhilfe schaffen. Es wurde heute schon einmal zitiert, der Professor Höllwarth – und das ist keine Diskriminierung, es ist aus einem Interview: „Ich bin dafür, das Arbeitszeitgesetz für Jungärzte generell abzuschaffen“, das Übrige hat der Herr Klubobmann schon weiter diskutiert. Wir sind auch hier mitten in der aktuellen Diskussion über ältere Arbeitnehmer: Wann ist man zu alt im Arbeitsmarkt, wenn man dann vielleicht ab 40 schon hinausgedrängt wird? Gerade, wo wir aber bemüht sind, ältere Arbeitnehmer auch länger im Arbeitsprozess zu halten, gesund länger arbeiten zu lassen, sehe ich diese Aussage als Diskriminierung an. Sie könnten Abhilfe schaffen, aber sicher nicht, indem Sie das Arbeitszeitgesetz für die Jungärzte nicht einhalten. In dieser erwähnten Studie gab es einen enorm großen Rücklauf. In den anonym ausgefüllten 2.340 Fragebögen schlugen die Spitalsmitarbeiter Alarm. Sie fühlen sich gestresst und ausgebrannt und jeder zweite hat in den letzten 3 Jahren – ich habe es vorher schon gesagt – gesundheitsbedingt in den Krankenstand gehen müssen. Trotzdem wurde bei der Personalbedarfsrechnung nur 50 % des notwendigen Mehrbedarfs besetzt und gleichzeitig steigen

eben die Krankenstände. Denn es soll nicht so sein, wie es in der Kronen Zeitung gestanden ist: „Schändlicher Umgang mit Spitalsarbeitskräften“, das ist ein Zitat aus der Kronen Zeitung.

Nein, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hilfe suchen, soll ihnen dementsprechend geholfen werden. Das Spitalpersonal braucht Perspektiven und die Forderung, dass endlich klare Entscheidungen durch den KAGes.-Vorstand und auf den politischen Ebenen getroffen werden muss, damit es sich hier auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann und eine bessere Versorgung der Patienten und auch zu einer Steigerung der Arbeitszufriedenheit führt. Und auch zu schauen, dass man eine Reduzierung der Administration erreichen kann, weniger Bürokratie und Administration wenn möglich, da muss man halt zusätzlich – wie vorher erwähnt – Mitarbeiterinnen einstellen. Eine Offensive für die Patientinnen, Sicherheit – im Mittelpunkt jeder qualitätsorientierten Gesundheitsversorgung steht die Sicherheit des Patienten und unerwünschte Ereignisse ausgelöst durch Überlastung von Ärzten und Pflegepersonal müssen unbedingt verhindert werden.

Ich möchte auch hier sagen: Kommen Sie nicht mit dem Argument, der Finanzlandesrat müsste mehr Geld hergeben. Denn man hat oft den Eindruck: Wir wissen nicht, was wir tun sollen, aber nachdem man manchmal gefragt wird und auch was sagen muss, sagt man den Standardsatz „Der Finanzlandesrat soll mehr Finanzmittel hergeben“. So alleine geht es nicht und man kann es hier nicht auf dieser Einfallslosigkeit bewenden lassen. „Anders und besser“, haben Sie im Wahlkampf gesagt und ich denke: Was ist anders? Ist die Ausschreibung anders, die dann besser ist für SPÖ-Kandidaten oder anders? Mangels Ideen um ein paar Euro einzusparen, dass die Patientinnen und Patienten Tiefkühlkost aus Deutschland bekommen, statt Frischkost aus der Steiermark. Hier ist die Gesundheit für die PatientInnen zu hinterfragen. Aber auch Arbeitsplätze vor Ort werden gefährdet und auch die regionale Wirtschaft, die Landwirtschaft, unsere Nahrungsmittelerzeuger werden hier benachteiligt. Wer nicht auf die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schauen kann, wie soll der allgemein auf die Patientinnen und Patienten dieses Landes schauen können? Mich wundert es nicht, dass es Menschen gibt, die Arbeitsgruppen gründen, Gesundheit schützen, weil sie einen anderen Weg gehen wollen, einen besseren Weg gehen wollen für unser Heimatland Steiermark, einen „weiß-grünen Weg“ gehen wollen. Und es ist heute mehrmals gesagt worden, es handelt sich hier um ein Milliardenunternehmen. Es betrifft jeden und die Unternehmenspolitik der Krankenanstaltengesellschaft muss ausschließlich auf die Bedürfnisse der Patienten ausgerichtet sein. Machtpolitische Taktik hat hier absolut keinen Platz.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, stimmen Sie einer Wiederholung dieser Ausschreibung zu. Noch ist es nicht zu spät. Bitte stimmen Sie dem zu, zum Wohle der steirischen Bevölkerung. Danke.

(Beifall bei der ÖVP – 12.04 Uhr

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Neuausschreibung des KAGes.-Vorstandes ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Prüfung der Stellenbesetzungen durch den Landesrechnungshof ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Hier stelle ich einstimmige Annahme – gibt es da eine Gegenstimme? Kollege Kainz?

Nein, dann stelle ich einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Prüfung der Stellenbesetzungsgesetz unterliegenden Besetzungen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die Einladung zur nächsten Sitzung des Landtages Steiermark erfolgt auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg. Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Tag.

Ende der 32. Sitzung: 12.06 Uhr